

Gemeinde Bartow

Vorlage federführend: Zentrale Verwaltung und Finanzen	Vorlage-Nr: 03/BV/151/2018 Datum: 06.02.2018 Verfasser: Lieckfeldt, Ivonne Fachbereichsleiter/-in: Knebler, Silvana
Feststellung des Jahresabschlusses der Gemeinde Bartow für das Haushaltsjahr 2014	
Beratungsfolge:	
Status	Datum Gremium
Ö	13.06.2018 03 Gemeindevertretung Bartow

1. Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln.

Der Jahresabschluss 2014 wurde von der NKHR Beratung, Herrn Necke, geprüft. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 08.12.2017 die geprüfte Jahresrechnung erörtert.

2. Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt gem. § 60 Abs. 5 Satz 1 der Kommunalverfassung M-V die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Gemeinde Bartow mit den darin enthaltenen über- und außerplanmäßigen Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen.

Anlage/n:

Jahresabschluss 2014 der Gemeinde Bartow mit Anlagen

**AMT TREPTOWER TOLLENSEWINKEL
GEMEINDE BARTOW
BILANZ MIT ANHANG UND ANLAGEN
ZUM 31.12.2014**

Inhalt

VORWORT.....	3
BILANZ DER GEMEINDE BARTOW ZUM 31.12.2014.....	4
ANHANG	5
I. Rechtsgrundlagen.....	5
II. Gliederung der Bilanz	5
A. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	5
B. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen	7
III. Angaben zur Ergebnisrechnung.....	14
IV. Angaben zur Finanzrechnung	15
V. Angaben zu den Teilrechnungen	15
VI. Weitere Angaben.....	16
VII. Anlagen.....	18
A. Anlagenübersicht.....	19
B. Forderungsübersicht	20
C. Verbindlichkeiten Übersicht.....	21
D. Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	22
E. Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.....	24

VORWORT

Die Gemeinde Bartow gehört zum Amt Treptower Tollensewinkel. Die Stadt Altentreptow ist amtsangehörige Gemeinde und nach § 126 Abs. 1 Nr. 1 KV M-V geschäftsführende Gemeinde des Amtes. Dem Amt gehören weiterhin folgende Gemeinden an: Siedenbollentin, Grischow, Breest, Grapzow, Werder, Golchen, Gültz, Gnevkow, Burow, Altenhagen, Kriesow, Pripsleben, Röckwitz, Tützpatz, Wolde, Wildberg, Groß Teetzleben und Breesen.

Nach § 60 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss zu erstellen, der unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln hat.

Der Jahresabschluss besteht lt. § 60 Abs. 2 KV M-V aus:

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Bilanz
- und dem Anhang.

Dem Jahresabschluss sind gemäß § 60 Abs. 3 KV M-V folgende Anlagen beizufügen:

- der Rechenschaftsbericht,
- die Anlagenübersicht,
- die Forderungsübersicht,
- die Verbindlichkeitenübersicht
- und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

Die allgemeinen Angaben finden ihre Grenze in der Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit.

BILANZ DER GEMEINDE BARTOW ZUM 31.12.2014

Bilanz zum 31.12.2014 der Gemeinde Bartow											
Aktivseite						Passivseite					
Posten	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	31.12. Haushalts- vorjahr	31.12. Haushalts- jahr	Veränderung gegenüber dem Haushalts- vorjahr	Posten	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	31.12. Haushalts- vorjahr	31.12. Haushalts- jahr	Veränderung gegenüber dem Haushalts- vorjahr
1	Anlagevermögen		2.616.774,63	2.730.007,48	113.232,85	1	Eigenkapital		87.464,82	41.729,06	-45.735,76
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände					1.1	Kapitalrücklage		257.278,46	257.279,46	1,00
						1.1.1	Allgemeine Kapitalrücklage		257.278,46	257.279,46	1,00
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					1.1.2	Zweckgebundene Kapitalrücklagen		0,00	0,00	0,00
						1.2	Zweckgebundene Ergebn isrücklagen				
						1.2.1	Rücklagen für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich				
1.1.2	Geleistete Zuwendungen					1.2.2	Sonstige zweckgebundene Ergebn isrücklagen				
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse					1.3	Ergebnisvortrag		-77.882,69	-169.813,64	-91.930,95
1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert					1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-91.930,95	-45.736,76	46.194,19
1.1.5	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände					1.5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
						2	Sonderposten		1.539.506,80	1.668.833,46	129.326,66
						2.1	Sonderposten zum Anlagevermögen		1.436.968,57	1.566.295,23	129.326,66
1.2	Sachanlagen		2.255.019,37	2.368.252,22	113.232,85	2.1.1	Sonderposten aus Zuwendungen		1.299.862,97	1.486.715,64	186.852,67
1.2.1	Wald, Forsten		2.760,40	2.760,40	0,00	2.1.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		9.188,85	8.750,14	-438,71
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		114.892,86	114.892,86	0,00	2.1.3	Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen		127.916,75	70.829,45	-57.087,30
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		392.105,88	386.898,03	-5.207,85	2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich				
1.2.4	Infrastrukturvermögen		1.674.670,73	1.826.197,36	151.526,63	2.3	Sonderposten mit Rücklageanteil				
1.2.5	Bauten auf fremdem Grund und Boden		2.980,30	2.705,20	-275,10	2.4	Sonstige Sonderposten		102.538,23	102.538,23	0,00
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler					3	Rückstellungen		0,00	0,00	0,00
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		24.461,69	20.837,37	-3.624,32	3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung		14.897,09	13.961,00	-936,09	3.2	Steuerrückstellungen				
1.2.9	Pflanzen und Tiere					3.3	Sonstige Rückstellungen				
1.2.10	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Anlagen im Bau		28.250,42	0,00	-28.250,42						
1.3	Finanzanlagen		361.755,26	361.755,26	0,00	4	Verbindlichkeiten		1.526.054,51	1.508.222,40	-17.832,11
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen					4.1	Anleihen				
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen					4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		1.518.640,85	1.496.285,34	-22.355,51
1.3.3	Beteiligungen		172.208,99	172.208,99	0,00	4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Inves-titionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		1.518.640,85	1.496.285,34	-22.355,51
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht					4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit				
1.3.5	Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		189.546,27	189.546,27	0,00	4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen					4.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				
						4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		3.460,20	5.055,41	1.595,21
						4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens					4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
1.3.8	Anteilige Rücklagen der Versorgungskassen zur Abdeckung von Pensionsverpflichtungen					4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				
						4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen		458,01	121,63	-336,38
1.3.9	Sonstige Ausleihungen					4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich:		2.681,78	0,00	-2.681,78
2	Umlaufvermögen		538.214,50	492.317,52	-45.896,98	4.10.1 ²	Verbindlichkeiten aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand				
2.1	Vorräte					4.10.2	Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich		2.681,78	0,00	-2.681,78
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					4.11	Sonstige Verbindlichkeiten		813,67	6.760,02	5.946,35
2.1.2	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen					5	Rechnungsabgrenzungsposten		1.963,00	3.540,08	1.577,08
2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren					5.1	Grabnutzungsentgelte		1.963,00	1.850,00	-113,00
2.1.4	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte					5.2	Anzahlungen auf Grabnutzungsentgelte				
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		538.214,50	492.317,52	-45.896,98	5.3	Sonstige		0,00	1.690,08	1.690,08
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		27.243,14	23.432,89	-3.810,25	6.	Passive latente Steuern		0,00	0,00	0,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		240,00	55,07	-184,93						
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen										
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		418.129,05	412.714,37	-5.414,68						
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten		58,55	187,28	128,73						
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich:		91.221,76	55.130,30	-36.091,46						
2.2.6.1 ¹	Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand		88.982,87	54.605,78	-34.377,09						
2.2.6.2	Sonstige Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich		2.238,89	524,52	-1.714,37						
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände		1.322,00	797,61	-524,39						
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens										
2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen										
2.3.2	Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht										
2.3.3	Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens										
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks										
3.	Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00	0,00						
3.1	Disagio										
3.2	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten										
4.	Aktive latente Steuern		0,00	0,00	0,00						
5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00	0,00						
	Bilanzsumme		3.154.989,13	3.222.325,00	67.335,87		Bilanzsumme		3.154.989,13	3.222.325,00	67.335,87

1

Ämter weisen die Forderungen gegenüber den amtsangehörigen Gemeinden aus der Hingabe von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand aus. Amtsangehörige Gemeinden weisen die Forderungen gegenüber dem Amt aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand aus.

2

Ämter weisen die Verbindlichkeiten gegenüber den amtsangehörigen Gemeinden aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand aus. Amtsangehörige Gemeinden weisen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Amt aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand aus.

ANHANG

I. Rechtsgrundlagen

Gem. § 60 KV M-V ist von der Gemeinde Bartow ein Jahresabschluss zu erstellen. Dieser ist um einen Anhang zu ergänzen. Der Anhang zur Bilanz zum 31. Dezember 2014 der Gemeinde Bartow wurde unter Beachtung des § 60 KV M-V und der §§ 17 Abs. 5 bis 7; 32 Abs. 1 Nr. 5; 34 Abs. 2, 3 und Abs. 6 bis 8; 39 Abs. 2; 42 Abs. 1 und 2; 43 Abs. 1 bis 3; 44 Abs. 3 und 4; 45 Abs. 3 und 4; 46 Abs. 2 und 3; 47 Abs. 2; 48 GemHVO-Doppik a. F. erstellt.

II. Gliederung der Bilanz

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO-Doppik fanden uneingeschränkt Beachtung.

A. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind in der Bewertungsrichtlinie für die Gemeinden des Amtes „Amt Treptower Tollensewinkel“ zusammengestellt. Die Bewertungsrichtlinie basiert auf der Grundlage des „Leitfadens zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens“ vom Innenministerium M-V.

Des Weiteren wurden mit der Bewertungsrichtlinie nachfolgende Vorschriften für Verbindlich erklärt:

- „Leitfaden zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens“ - herausgegeben vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- die Verwaltungsvorschriften zur GemHVO-Doppik M-V
- die Wertermittlungsrichtlinien 2002 (WertR2002)
- Landeseinheitliche Abschreibungstabelle MV

Darüber hinaus fanden ergänzend die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung Anwendung sowie die Ausführungen des § 32 GemHVO-Doppik M-V.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Wert 410 € ohne Umsatzsteuer nicht übersteigt, wurden grundsätzlich gem. § 34 Abs. 5 GemHVO-Doppik M-V a. F. im Jahr ihrer Anschaffung voll abgeschrieben.

Anlagegüter mit einem Anschaffungswert unterhalb von 60 € ohne Umsatzsteuer (geringwertige Wirtschaftsgüter) wurden gem. § 6 Abs. 2 EStG und R 40 EStR nicht im Bestandsverzeichnis geführt.

Für Zugänge/Abgänge innerhalb des Haushaltsjahres wurde die Abschreibung zeitanteilig verrechnet.

Soweit bei der Bestimmung der Herstellungskosten von Wahlrechten gem. § 33 Abs. 3 und Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V Gebrauch gemacht wurde, ist dieses in den Erläuterungen angegeben.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V a. F. die vom Innenministerium bekanntgegebene landeseinheitliche Abschreibungstabelle zugrunde gelegt worden soweit es sich um planmäßige Abschreibungen handelt. Die Abschreibung erfolgte nach der linearen Methode.

Außerplanmäßige Zu- oder Abschreibungen im Sinne § 34 Abs. 6 und 7 GemHVO-Doppik M-V a. F. sind bei einer voraussichtlich dauernden Werterhöhung/Wertminderung von Vermögensgegenständen vorgenommen worden, sofern diesem Umstand nicht durch die Bildung einer Rückstellung begegnet werden konnte.

Ist ein Vermögensgegenstand vollständig abgeschrieben, der aber weiterhin genutzt wird, wurde er mit einem Erinnerungswert in der Bilanz dargestellt. Dieser Erinnerungswert beträgt für die Gemeinde grundsätzlich 1 €.

Forderungen wurden jeweils mit ihrem Nominalwert angesetzt, Verbindlichkeiten mit ihrem Rückzahlungsbetrag. Die Rückstellungen wurden gem. § 35 GemHVO-Doppik M-V a. F. mit dem Betrag ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen in angemessener Höhe.

Zur Anwendung weiterer Wertermittlungsverfahren oder der besonderen Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik M-V, z. B. für die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden wird auf den Abschnitt Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen verwiesen.

B. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen

Aktiva

Bilanzsumme 3.222.325,00 € (Vorjahr 3.154.989,13 €)

1. Anlagevermögen

Bilanzsumme 2.730.007,48 € (Vorjahr 2.616.774,63 €)

Das Anlagevermögen ist Teil des Vermögens, welcher der dauernden Aufgabenerfüllung dient.

1.2 Sachanlagen

Bilanzsumme 2.368.252,22 € (Vorjahr 2.255.019,37 €)

Sämtliche Vermögensgegenstände werden in der Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Der Nachweis der Gebäude, Grundstücke, Straßen, Wege und Plätze wird zusätzlich im geographischen Informationssystem geführt.

1.2.1 Wald, Forsten

Bilanzsumme 2.760,40 € (Vorjahr 2.760,40 €)

Unter dieser Position sind Flurstücke mit einer Gesamtfläche von 27.184 m² sowie 42 Bäume erfasst.

1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzsumme 114.892,86 € (Vorjahr 114.892,86 €)

Zu den sonstigen unbebauten Grundstücken zählen u. a. Seen und Teiche, Acker- und Brachland, Friedhof sowie Parkanlagen.

1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzsumme 386.898,03 € (Vorjahr 392.105,88 €)

Zu den bebauten Grundstücken gehören die Flurstücke, Gebäude und Außenanlagen.

Die Verringerung um 5.207,85 € ist auf Abschreibungen auf Gebäuden zurückzuführen.

1.2.4 Infrastrukturvermögen

Bilanzsumme 1.826.197,36 € (Vorjahr 1.674.670,73 €)

In dieser Bilanzposition werden u. a. ausgewiesen:

- *Grund und Boden des Infrastrukturvermögens (Gemeindestraßen),*
- *Straßenverkehrsnetz, mit Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen,*
- *Gehwege und*
- *Straßenbeleuchtung.*

Es sind planmäßige Abschreibungen i. H. v. 76.059,52 € auf das Infrastrukturvermögen und 227.586,15 € Zuschreibungen vorgenommen worden.

1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden

Bilanzsumme 2.705,20 € (Vorjahr 2.980,30 €)

Der Feuerlöschteich in Pritzenow befindet sich auf fremdem Grund und Boden und ist planmäßig um 275,10 € abgeschrieben worden.

1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge

Bilanzsumme 20.837,37 € (Vorjahr 24.461,69 €)

Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge wurden in einer körperlichen Inventur erfasst sowie mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und über die jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben. Der B 1000 der Freiwilligen Feuerwehr wurde veräußert. Als Zugang ist ein Tragkraft-spritzenanhänger für 1.657,00 € und eine Spezial Wippkreissäge für 859 € zu verzeichnen.

Die Festwerte für Atemschutzgeräte und Feuerwehr-Schutzkleidung wurden von insgesamt 1.934,49 € auf 684,23 € angepasst. Die Bewertung nach dem Festwertverfahren erfolgte lt. Bewertungsrichtlinie für das Amt Treptower Tollensewinkel. Die letzte körperliche Bestandsaufnahme fand im Jahr 2011 statt.

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzsumme 13.961,00 € (Vorjahr 14.897,09 €)

Alle beweglichen Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden um die zeitanteiligen Abschreibungen planmäßig vermindert.

1.2.10 Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Anlagen im Bau

Bilanzsumme 0,00 € (Vorjahr 28.250,42 €)

In dieser Position waren Zahlungen für die Planungsleistungen für den Straßenbau Landweg Nr. 3 Bartow-Pfalz enthalten, welche nach Fertigstellung des Bauabschnittes aufgelöst wurden und somit 0,00 € verbleiben.

1.3 Finanzanlagen

Bilanzsumme 361.755,26 € (Vorjahr 361.755,26 €)

In diesen Positionen weist die Gemeinde Bartow Beteiligungen aus, die aus strategischer Sicht zur Erfüllung eines öffentlichen Zwecks im Sinne von § 68 Abs. 1 KV M-V eingegangen wurden und dauerhaft im Vermögen der Gemeinde Bartow verbleiben sollen. Die Anteile und Beteiligungen wurden durch Gesellschaftsverträge nachgewiesen.

1.3.3 Beteiligungen

Bilanzsumme 172.208,99 € (Vorjahr 172.208,99 €)

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, bei denen kein beherrschender Einfluss besteht.

Die Gemeinde Bartow ist mit 9,05 % an der GEWO Bau Burow GmbH beteiligt. Das entspricht einem Anteil an der Kapitalrücklage i. H. v. 164.508,99 € sowie 7.700,00 € Geschäftsanteile an der Gesellschaft.

1.3.5 Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzsumme 189.546,27 € (Vorjahr 189.546,27 €)

In dieser Position wird die Mitgliedschaft im Wasser und Abwasserzweckverband Demmin/Altentrep-tow sowie die Anteile am kommunalen Anteilseignerverband Nordost der E.DIS AG ausgewiesen.

Sondervermögen	Gesamt-Eigenkapital/ Stammkapital in €	Anteil	Bilanzwert in €
Kommunaler Anteilseignerverband Nordost der E.DIS AG	17.993.790,95	Aktienstand per 31.12.2014 15.247 Aktien Wert pro Aktie 2,41 €	36.745,27
Wasser- und Abwasserzweckverband Demmin/Altentreptow	22.470.730,00	0,68 %	152.801,00
Summe			189.546,27

2. Umlaufvermögen

Bilanzsumme 492.317,52 € (Vorjahr 538.214,50 €)

Im Umlaufvermögen werden die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen. Dazu gehören u. a. Forderungen und liquide Mittel.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzsumme 492.317,52 € (Vorjahr 538.214,50 €)

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden durch eine Buch- bzw. Beleginventur zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Der Bestand ist mit der Kasseneinnahmeliste zum 31.12.2014 abgeglichen und abgestimmt. Es waren keine Einzelwertberichtigungen zu bilden. Grundsätzlich wurden die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit dem Nennwert angesetzt.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen

Bilanzsumme 23.432,89 € (Vorjahr 27.243,14 €)

Öffentlich-rechtliche Forderungen werden auf Grund von Bescheiden (Verwaltungsakten) begründet. Zu ihnen gehören insbesondere Steuern, Gebühren und Beiträge. Eine Gliederung (siehe dazu Forderungsübersicht unter Anlagen Punkt B).

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Bilanzsumme 55,07 € (Vorjahr 240,00 €)

Privatrechtliche Forderungen basieren auf einem privat-rechtlichen Schuldverhältnis, z. B. aus Pachtverträgen. Eine Gliederung (siehe dazu Forderungsübersicht unter Anlagen Punkt B).

2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Bilanzsumme 412.714,37 € (Vorjahr 418.129,05 €)

Das sind Forderungen der Gemeinde Bartow gegenüber der GEWO Bau Burow GmbH.

2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts

Bilanzsumme 187,28 € (Vorjahr 58,55 €)

Hierbei handelt es sich um eine Erstattung vom Wasser- und Abwasserzweckverband für den Wasseranschluss auf dem Friedhof in Groß Below.

2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich

Bilanzsumme 55.130,30 € (Vorjahr 91.221,76 €)

2.2.6.1 Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand

Bilanzsumme 54.605,78 € (Vorjahr 88.982,87 €)

Da die Gemeinde Bartow eine amtsangehörige Gemeinde ist, wurde der Kassenbestand als Forderung gegenüber der geschäftsführenden Gemeinde in Höhe von 54.605,78 € ausgewiesen.

2.2.6.2 Sonstige Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich

Bilanzsumme 524,52 € (Vorjahr 2.238,89 €)

Diese Summe resultiert zum einen aus Forderungen/Transferleistungen gegenüber dem Land in Höhe von 524,52 €.

2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzsumme 797,61 € (Vorjahr 1.322,00 €)

Diese Forderungen sind u. a. begründet mit Erstattungen aus Jahresendabrechnung für Stromlieferungen.

Passiva

Bilanzsumme 3.222.325,00 € (Vorjahr 3.154.989,13 €)

1. Eigenkapital

Bilanzsumme 41.729,06 € (Vorjahr 87.464,82 €)

Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem Verhältnis Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme) und sollte nicht unter 20 % liegen. Für die Gemeinde Bartow ergibt sich eine Eigenkapitalquote i. H. v. 1,3 % und hat sich durch den Jahresfehlbetrag um 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.

1.1 Kapitalrücklage

Bilanzsumme 257.279,46 € (Vorjahr 257.278,46 €)

1.1.1 Allgemeine Kapitalrücklage

Bilanzsumme 257.279,46 € (Vorjahr 257.278,46 €)

Der Betrag der Kapitalrücklage ergibt sich für die erste doppelte Eröffnungsbilanz der Gemeinde Bartow zum 01.01.2012 aus dem rechnerischen Unterschiedsbetrag zwischen Aktiva und den restlichen passiven Bilanzpositionen.

Es erfolgte eine Korrektur der Eröffnungsbilanzsumme um 1,00 €

1.1.2 Zweckverbundene Kapitalrücklagen

Bilanzsumme 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)

Nach § 37 Abs. 3 GemHVO-Doppik sind erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde (Kapitalzuschüsse), in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gemeinde erhielt investive Schlüsselzuweisung i. H. v. 7.144,16 €. Zum Verlustausgleich sind investive Schlüsselzuweisungen von 2014 i. H. v. 7.144,16 € entnommen worden.

1.3 Ergebnisvortrag

Bilanzsumme -169.813,64 € (Vorjahr -77.882,69 €)

Der Jahresfehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2012 und 2013 wurde in das Haushaltsfolgejahr vorge-
tragen.

1.4 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Bilanzsumme -45.736,76 € (Vorjahr -91.930,95 €)

Nach Verwendung der investiven Schlüsselzuweisungen i. H. v. 7.144,16 € beträgt der Jahresfehlbe-
trag für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt – 45.736,76 €. Der Jahresfehlbetrag wird in das Haushalts-
folgejahr vorgetragen.

2. Sonderposten

Bilanzsumme 1.668.833,46 € (Vorjahr 1.539.506,80 €)

Sonderposten sind Zuwendungen und Zuweisungen, die im Rahmen der Zweckbindung an Gemeinde
Bartow gezahlt werden, u. a. für durchzuführende investive Maßnahmen. Sie werden hauptsächlich
für die Anschaffung und Herstellung von Anlagevermögen wie z. B. die Errichtung von Gebäuden, den
Bau von Straßen usw. gewährt. Die Auflösung erfolgt gem. § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V ertrags-
wirksam über die Restnutzungsdauer des jeweiligen mit dem Sonderposten finanzierten Vermögens-
gegenstandes und vermindert damit den Abschreibungsaufwand.

2.1 Sonderposten zum Anlagevermögen

Bilanzsumme 1.566.295,23 € (Vorjahr 1.436.968,57 €)

2.1.1 Sonderposten aus Zuwendungen

Bilanzsumme 1.486.715,64 € (Vorjahr 1.299.862,97 €)

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezu-
schussten Vermögensgegenstände.

2.1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Bilanzsumme 8.750,14 € (Vorjahr 9.188,85 €)

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der Beiträge
für den Straßenausbau und der Straßenbeleuchtung.

2.1.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen

Bilanzsumme 70.829,45 € (Vorjahr 127.916,75 €)

Zuweisungen von der EU, vom Bund und vom Land i. H. v. 70.829,45 € für den Straßenbau Bartow-
Pfalz sind als Sonderposten bilanziert worden.

2.4 Sonstige Sonderposten

Bilanzsumme 102.538,23 € (Vorjahr 102.538,23 €)

Hier ist der Sonderposten für den Ablösebetrag BAB 20 mit 102.538,23 € bilanziert.

4. Verbindlichkeiten

Bilanzsumme 1.508.222,40 € (Vorjahr 1.526.054,51 €)

*Verbindlichkeiten sind die am Abschlussstichtag der Höhe und der Fälligkeit nach fest stehende Ver-
pflichtungen.*

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine Unterteilung nach ihrer Fristigkeit sowie weitere Unterscheidungen können der Verbindlichkeiten Übersicht unter Anlagen Punkt C entnommen werden. Daher wird auf eine Erläuterung in der Bilanz verzichtet.

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Bilanzsumme 1.496.285,34 € (Vorjahr 1.518.640,85 €)

Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Bilanzsumme 1.496.285,34 € (Vorjahr 1.518.640,85 €)

Die von der Gemeinde Bartow aufgenommenen Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen belaufen sich zum 31.12.2014 auf 1.493.389,38 €. Die Bestände sind mit den jeweiligen Saldenmitteilungen der Kreditinstitute abgestimmt.

Darlehensgeber	Verwendungszweck	Nennwert in €	Restkapital per 31.12.2013 in €	Restkapital per 31.12.2014 in €
DKB 6700048710	Sanierung Wohnungen GEWO	441.130,54	418.129,05	412.714,37
DKB 6706371066	Übernahme Altschulden GEWO	632.091,33	574.072,48	565.623,05
DGHYP 3031641800	Straßenbau	877.376,87	526.439,32	515.051,96
Summe		1.950.598,74	1.518.640,85	1.493.389,38

4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Bilanzsumme 5.055,41 € (Vorjahr 3.460,20 €)

Hierzu zählen Verpflichtungen aus gegenseitigen Verträgen, die von der Gegenseite erfüllt sind, aber von der Gemeinde noch nicht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 5.055,41 € sind in einer stichtagsbezogenen offenen Posten Liste zur Bilanz ausgewiesen.

4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Bilanzsumme 121,63 € (Vorjahr 458,01 €)

Bei dieser Position handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden und der GEMA.

4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich

Bilanzsumme 0,00 € (Vorjahr 2.681,78 €)

Es bestehen keine offenen Verbindlichkeiten gegen den sonstigen öffentlichen Bereich (Bund, Land, Gemeinden/Gemeindeverbänden u. s. w.).

4.10.2 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich

Bilanzsumme 0,00 € (Vorjahr 2.681,78 €)

2014 ist die Bilanzsumme = 0

4.11 Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzsumme 6.760,02 € (Vorjahr 813,67 €)

Als sonstige Verbindlichkeiten sind Sicherheitseinbehalte für Straßen und Gemeindezentrum in Höhe von 790,67 € und 5.969,35 € aus der Zahlung von Kreditzinsen bilanziert.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzsumme 3.540,08 € (Vorjahr 1.963,00 €)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einnahmen auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

5.1 Grabnutzungsentgelte

Bilanzsumme 1.850,00 € (Vorjahr 1.963,00 €)

Die Gemeinde Bartow erhebt im Voraus Grabnutungsgebühren für eine Nutzungszeit von mehreren Jahren. Derjenige Teil der Zahlungen, der die Folgeperioden betrifft, wird in der Bilanz als Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt und im Zeitverlauf Jahr um Jahr ertragswirksam aufgelöst.

5.3 Sonstige

Bilanzsumme 1.690,08 € (Vorjahr 0,00 €)

Hier sind passive Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert für Lohnzahlungen an Mitarbeiter im Bundesfreiwilligendienst für Januar 2015.

III. Angaben zur Ergebnisrechnung

Im Vergleich zum Haushaltsplan ergeben sich bei folgenden Posten der Ergebnisrechnung erhebliche Abweichungen:

Posten Nr.

- 2 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge (Abweichung +26.598,74 €)

Hier wurde die nicht geplanten Schuldendiensthilfen der GEWO Bau Burow gebucht, so dass eine positive Abweichung zum Plan entstand. Des Weiteren zahlte das Land höhere Schlüsselzuweisungen und Einkommensteueranteile aus.

- 4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Abweichung -725,00 €)

Es wurden weniger Erträge aus der Vermietung des Gemeindezentrums erzielt.

- 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Abweichung -17.948,09 €)

Geplant waren Kostenbeteiligungen von Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (GEWO). Das Ergebnis erscheint im Posten 2 als sonstiger laufender Ertrag (Schuldendiensthilfe). Deshalb in dieser Position eine Abweichung zum Plan.

- 9 Sonstige laufende Erträge (Abweichung +5.331,17 €)

Hier wurden mehr Erträge aus Konzessionsabgaben erzielt.

- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Abweichung -24.397,13 €)

Hier wurden Aufwendungen in Höhe von 24.397,13 € weniger bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden, für die Feuerwehr sowie für Schul- und Kita-Umlagen verbraucht.

- 14 Abschreibungen (Abweichung +4.895,30 €)

Höherer Aufwand, weil Planungsfehler vorlag.

In die zweckgebundene Kapitalrücklage wurden die investiven Schlüsselzuweisungen i. H. v. 7.144,16 € eingestellt und gleichzeitig zum Verlustausgleich wieder entnommen.

Mit einem Fehlbetrag i. H. v. -45.736,76 € ist die Ergebnisrechnung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik M-V nicht ausgeglichen.

IV. Angaben zur Finanzrechnung

Im Vergleich zum Ansatz des Haushaltsjahres ergeben sich bei folgenden Posten der Finanzrechnung erhebliche Abweichungen:

Posten Nr.

- 26 Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit
Das Defizit aus dem Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Haushaltsplan um 57.680,12 € geringer ausgefallen. Begründet ist dies im Wesentlichen mit höheren Kostenerstattungen und geringeren Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen.
- 34 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Abweichung -12.749,55 €)
Gegenüber dem Planansatz sind weniger Einzahlungen aus Investitionszuwendungen bei Einzahlungen für Sachanlagen für den Straßenbau Bartow Pfalz eingegangen.
- 36 Die Auszahlungen für Sachanlagen (Investitionen Abweichung +22.412,15 €)
Die höheren Auszahlungen wurden für den Straßenbau Bartow Pfalz getätigt.

Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen gem. § 17 Abs. 6 GemHVO-Doppik M-V nach Verrechnung der Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen hat sich im Haushaltsjahr wie folgt verändert:

	Betrag per 31.12.2012 in €	Betrag per 31.12.2013 in €	Betrag per 31.12.2014 in €
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen § 3 Abs. 1 Nr. 26 GemHVO-Doppik M-V	-18.944,93	-84.424,32	17.355,12
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen § 3 Abs. 1 Nr. 44 GemHVO-Doppik M-V	23.278,61	24.244,69	22.355,51
Saldo nach § 17 Abs. 6 GemHVO-Doppik M-V a. F.	-42.223,54	-108.669,01	-5.000,39

siehe Anlage 5: Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Mit dem Vortrag aus der Eröffnungsbilanz und den Vorjahren beträgt das Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen insgesamt -129.973,95 €. Die Finanzrechnung ist unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik nicht ausgeglichen.

V. Angaben zu den Teilrechnungen

Die Gemeinde hat 5 Teilhaushalte, deren Jahresabschluss ebenfalls in der Ergebnis- und Finanzrechnung für jeden einzelnen Teilhaushalt vorliegt. Die Summe der Teilrechnungen ergibt jeweils die Ergebnis- und die Finanzrechnung. Eine Kosten- und Leistungsrechnung nach § 27 GemHVO-Doppik M-V und Produktkennzahlen gibt es nicht. Ziele werden für wesentliche Produkte dargestellt. Eine interne Leistungsverrechnung erfolgt im Haushaltsjahr 2014 noch nicht.

VI. Weitere Angaben

(gem. § 48 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V)

1. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

siehe Punkt II A.

2. Abweichungen von den bisherigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

siehe Punkt II A.

3. Trägerschaften bei Sparkassen

Trägerschaften bei Sparkassen bestehen nicht.

4. Währungsumrechnungsfaktoren

Umrechnungen von Fremdwährungen waren nicht erforderlich.

5. Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten

Grundsätzlich wurden keine Fremdkapitalzinsen in die Berechnung der Herstellungskosten einbezogen. Sofern dieses erfolgt, wurde es bei den jeweiligen Bilanzpositionen angegeben.

6. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Es wurden keine Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO-Doppik M-V gebildet.

7. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Gemeinde hat mit dem Strom- und Gasversorger E.DIS Aktiengesellschaft mit Sitz in Fürstentwalde/Spree einen Konzessionsvertrag geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

8. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse bei bilanzierten Vermögensgegenständen

Es gibt keine bilanzierten Vermögensgegenstände mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen.

9. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Die Gemeinde hat keine drohenden finanziellen Belastungen, für die Rückstellungen gebildet werden müssten.

10. Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Gemeinde ist nicht mit Leasingzahlungen belastet.

11. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

12. Sonstige nicht in der Bilanz auszuweisende Haftungsverhältnisse

Es lagen zum Bilanzstichtag keine entsprechenden Haftungsverhältnisse und Verpflichtungen vor.

13. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Zum Stichtag der Bilanz wurden keine Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen, in Anspruch genommen.

14. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Es bestehen keine sonstigen Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben könnten.

15. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben aus fertig gestellten Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen

In der Gemeinde gibt es keine fertig gestellten Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, für die noch keine Entgelte erhoben wurden.

16. Sonstige Rückstellungen, die in der Bilanz unter dem Posten „sonstige Rückstellungen“ nicht gesondert ausgewiesen werden, wenn deren Umfang erheblich ist, zzgl. gesonderter Aufstellung der Aufwandsrückstellungen

In der Bilanz werden keine sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

17. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Arbeitnehmern

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht:

Die Arbeitnehmer der Gemeinde Bartow wären bei der ZMV Kommunale Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern versichert.

Es gäbe dann Versorgungszusagen gemäß des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Form von Altersrenten, Hinterbliebenenrenten und Erwerbsminderungsrenten. Der Umlagesatz betrug im Haushaltsjahr 2014 1,3 % der Brutto-Lohn- und –gehaltssumme, der Zusatzbeitrag 4,0 v.H.

Die Gemeinde Bartow hat keine Arbeitnehmer.

18. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente wie Optionen, Futures, Swaps o. ä. waren am Bilanzstichtag nicht vorhanden.

19. /20. Abweichungen von der Abschreibungstabelle

Bei der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen wurde von der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle nicht abgewichen. Es wurde die lineare Abschreibungsmethode angewandt.

21. Beteiligungen

Die Gemeinde hält Beteiligungen an der GEWO Bau Burow GmbH. (siehe Punkt B Aktivseite 1.3.3)

22. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde nicht uneingeschränkt für Organisationen.

23. Mitgliedschaften

Für die Gemeinde besteht die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindetag und Kreisfeuerwehrverband.

24. Sonstige wesentliche Verträge

Sonstige wesentliche Verträge bestehen nicht.

25. Durchschnittliche Zahl der Beamten sowie Arbeitnehmer

Die Gemeinde beschäftigte keine Beamten oder Arbeitnehmer.

VII. Anlagen

A. Anlagenübersicht

§ 60 KV M-V i. V. m. § 50 GemHVO-Doppik M-V

siehe Anlage 1

B. Forderungsübersicht

§ 60 KV M-V i. V. m. § 51 GemHVO-Doppik M-V

siehe Anlage 2

C. Verbindlichkeiten Übersicht

§ 60 KV M-V i. V. m. § 52 GemHVO-Doppik M-V

siehe Anlage 3

D. Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

§ 60 KV M-V i. V. m. § 53 GemHVO-Doppik M-V

siehe Anlage 4

E. Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

§ 17 Abs. 7 GemHVO-Doppik M-V

siehe Anlage 5

Ort, Datum

Unterschrift

Roland Heiden

(Bürgermeister)

A. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

	Anschaffungs- und Herstellkosten / Zuführungsbeträge					Abschreibungen, Wertberichtigungen / Auflösungsbeträge						Restbuchwerte		Kennzahlen		außerplanmäßige Abschreibungen
	Stand zum 31.12. Haushaltsvorjahr*	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand zum 31.12. Haushaltsjahr	Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12. Haushaltsvorjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge	Abschreibungen zum 31.12. Haushaltsjahr	Restbuchwerte am Ende des Haushaltsjahres	Restbuchwerte am Ende des Haushaltsjahres	Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Durchschnittlicher Restbuchwert	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%	EUR
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	10	11	12	13	14
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte																
1.1.2 Geleistete Zuwendungen																
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse																
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert																
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände																
SUMME Immaterielle Vermögensgegenstände																
1.2 Sachanlagen																
1.2.1 Wald, Forsten	2.760,40 €				2.760,40 €							2.760,40 €	2.760,40 €		100	
1.2.2 sonstige unbeb. Grundst. u. grundst.gleiche Rechte	114.892,86 €				114.892,86 €							114.892,86 €	114.892,86 €		100	
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	584.337,90 €				584.337,90 €	192.232,02 €		5.207,85 €			197.439,87 €	386.898,03 €	392.105,88 €	0,891239469	66,21135305	
1.2.4 Infrastrukturvermögen	2.947.371,59 €			237.698,58 €	3.185.070,17 €	1.272.700,86 €		86.171,95 €			1.358.872,81 €	1.826.197,36 €	1.674.670,73 €	2,705496124	57,33617354	5.202,81 €
1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.502,11 €				5.502,11 €	2.521,81 €		275,10 €			2.796,91 €	2.705,20 €	2.980,30 €	4,999900038	49,16659245	
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler																
1.2.7 Maschinen, techn. Anlagen und Fahrzeuge	27.150,48 €	859,00 €		1.934,49 €	26.074,99 €	2.688,79 €		2.548,83 €			5.237,62 €	20.837,37 €	24.461,69 €	9,774998955	79,91324254	
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.360,13 €	104,99 €		1.934,49 €	24.399,61 €	7.463,04 €		2.975,57 €			10.438,61 €	13.961,00 €	14.897,09 €	12,19515394	57,21812767	1.250,26 €
1.2.9 Pflanzen und Tiere																
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	28.250,42 €	209.448,16 €		237.698,58 €									28.250,42 €			
SUMME Sachanlagen	3.732.625,89 €	210.412,15 €			3.943.038,04 €	1.477.606,52 €		97.179,30 €			-1.574.785,82 €	2.368.252,22 €	2.255.019,37 €	2,464579317	60,06161229	6.453,07 €
1.3 Finanzanlagen																
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen																
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen																
1.3.3 Beteiligungen	172.208,99 €				172.208,99 €							172.208,99 €	172.208,99 €		100	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit Beteiligungsverh.																
1.3.5 Sonderverm., Zweckb., Anst. öff. R., rechtsf. Stift.	189.546,27 €				189.546,27 €							189.546,27 €	189.546,27 €		100	
1.3.6 Ausl. Sonderv., Zweckb., Anst. öff. R., rechtsf. Stift.																
1.3.7 sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens																
1.3.8 Ant. Rückl. der Versorgungsk. zur Abd. v. Pensions																
1.3.9 sonstige Ausleihungen																
SUMME Finanzanlagen	361.755,26 €				361.755,26 €							361.755,26 €	361.755,26 €		100	
SUMME Anlagevermögen	4.094.381,15 €	210.412,15 €			4.304.793,30 €	-1.477.606,52 €		97.179,30 €			-1.574.785,82 €	2.730.007,48 €	2.616.774,63 €	2,257467275	63,41785284	6.453,07 €
2.1 Sonderpostenübersicht zum Anlagevermögen																
2.1.1 Sonderposten aus Zuwendungen	-1.492.928,47	1		-228.440,04	-1.721.367,51	193.065,50		41.586,37			234.651,87	-1.486.715,64	-1.299.862,97	2,415891421	86,3682875	
2.1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-13.490,32				-13.490,32	4.301,47		438,71			4.740,18	-8.750,14	-9.188,85	3,252035534	64,86236057	
2.1.3 Sonderposten aus Anzahlungen	-127.916,75	-171.352,74		228.440,04	-70.829,45						-70.829,45	-127.916,75	-127.916,75		100	
SUMME Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.634.335,54	-171.351,74			-1.805.687,28	197.366,97		42.025,08			239.392,05	-1.566.295,23	-1.436.968,57	2,327373099	86,7423306	

* einschließlich aller aufgelaufenen Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen

B. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht									
Nr.	Art (gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2 GemHVO-Doppik)	Forderungen zum Ende des Haushaltsjahres				Kumulierte Abzinsung	kumulierte sonstige Wert- berichtigungen	Bilanzwert	Bilanzwert
		davon mit einer Restlaufzeit			Nominalwert				
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
		in €							
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen								
	- Gebührenforderungen	154,00			154,00			154,00	120,00
	- Beitragsforderungen	0,00			0,00			0,00	0,00
	- Steuerforderungen	20.206,43			20.206,43			20.206,43	22.748,34
	- Grundsteuer								
	- Gewerbesteuer								
	- Sonstige								
	- Forderungen aus Transferleistungen								
	- Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	3.072,46			3.072,46			3.072,46	4.374,80
	Summe öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	23.432,89			23.432,89			23.432,89	27.243,14
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55,07			55,07			55,07	240,00
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen								
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein		23.919,96	388.794,41	412.714,37			412.714,37	418.129,05
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	187,28			187,28			187,28	58,55
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich:								
2.2.6.1	Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand	54.605,78			54.605,78			54.605,78	88.982,87
2.2.6.2	Sonstige Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	524,52			524,52			524,52	2.238,89
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände	797,61			797,61			797,61	1.322,00
2.2	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	79.603,15	23.919,96	388.794,41	492.317,52			492.317,52	538.214,50

C. Verbindlichkeiten Übersicht

Verbindlichkeitenübersicht										
Nr.	Art (gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4 GemHVO-Doppik)	Verbindlichkeiten			Stand zum 31.12. Haushalts- jahr (Nominal- wert)	Abzinsung zum 31.12. Haushalts- jahr	Stand zum 31.12. Haushalts- jahr (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. Haushalts- vorjahr (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
4.1	Anleihen									
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		122.827,70	1.373.457,64	1.496.285,34		1.496.285,34			1.518.640,85
	davon:									
4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		122.827,70	1.373.457,64	1.496.285,34		1.496.285,34			1.518.640,85
4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit									
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen									
4.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen									
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.055,41			5.055,41		5.055,41			3.460,20
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen									
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen									
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht									
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	121,63			121,63		121,63			458,01
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich:									
4.10.1	Verbindlichkeiten aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand									
4.10.2	Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	0,00			0,00		0,00			2.681,78
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten	6.760,02			6.760,02		6.760,02			813,67
4	Summe der Verbindlichkeiten	11.937,06	122.827,70	1.373.457,64	1.508.222,40		1.508.222,40			1.526.054,51

D. Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen				
Nr.	Bezeichnung	Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Übertragene Ansätze nach § 15 GemHVO- Doppik
		in €		
1. Aufwandsermächtigungen				
	Teilhaushalt 1	39.745,00	34.090,38	
	Teilhaushalt 2	288.910,00	283.909,90	
	Teilhaushalt 3	21.233,00	18.489,81	
	Teilhaushalt 4	68.605,00	63.594,57	
	Teilhaushalt 5	127.216,00	112.641,12	
	Summe Aufwandsermächtigungen	545.709,00	512.725,78	0,00
2. Auszahlungsermächtigungen				
2.1	Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen			
	Teilhaushalt 1	39.745,00	34.267,60	
	Teilhaushalt 2	228.590,00	223.959,29	
	Teilhaushalt 3	16.225,00	9.811,47	
	Teilhaushalt 4	68.370,00	65.794,36	
	Teilhaushalt 5	40.010,00	23.008,08	
	Summe ordentliche und außerordentliche Auszahlungen	392.940,00	356.840,80	0,00
2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			
	Teilhaushalt 1			
	Teilhaushalt 2			
	Teilhaushalt 3			
	Teilhaushalt 4			
	Teilhaushalt 5	188.000,00	210.412,15	
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	188.000,00	210.412,15	0,00
2.3	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit			
	Teilhaushalt 1			
	Teilhaushalt 2	25.260,00	22.355,51	
	Teilhaushalt 3			
	Teilhaushalt 4			
	Teilhaushalt 5			
	Summe Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	25.260,00	22.355,51	0,00
	Summe Auszahlungsermächtigungen	606.200,00	589.608,46	0,00

		genehmigte Festsetzung des Haushaltsjahres	davon im Haushaltsjahr in Anspruch genommen	fortgeltende Ansätze nach § 52 Abs. 3 KV M-V
			in €	
	3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Krediten für Investitionen			
	... ²			
	...			
	Summe Ermächtigungen für die Aufnahme von Krediten für	0,00	0,00	0,00

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen					
Verpflichtungsermächtigungen (gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO-Doppik) ¹	Gesamtbetrag	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten weiterer Haushaltsfolgejahre
		in €			
im Haushaltsjahr 2015					
im Haushaltsjahr 20..					
im Haushaltsjahr 20..					
...					
Summe					

¹ Es sind in chronologischer Reihenfolge das Haushaltsjahr und alle Haushaltsvorjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme noch Auszahlungen fällig werden.

² Hier ist ebenfalls eine teilhaushaltsbezogene Darstellung zulässig, um trotz des Gesamtdeckungsprinzips den Maßnahmebezug der Kreditaufnahmen darzustellen.

E. Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Haushaltsjahr Bartow 2014						
lfd. Nr.			laufende Ein- und Auszahlungen	Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätig keit	durchlaufende Gelder und ungeklärte Zahlungs- vorgänge	Summe
			1	2	3	4
1 ¹		Liquide Mittel zum 31.12. des Haushaltsvorjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)				88.982,87
2 ²	-	Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres				-
3	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	-124.973,56	228.872,68	-14.916,25	88.982,87
4		Korrektur des Vortrages gemäß Anlage 6 der Verwaltungsvorschriften zur GemHVO-Doppik und GemKVO-Doppik, Nummer 7				
5	=	Bereinigter Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	-124.973,56	228.872,68	-14.916,25	88.982,87
6	+	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (§ 3 Absatz 1Satz 1Nummer 26 GemHVO-Doppik)	17.355,12			17.355,12
7	-	Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitio nen und Investitionsförderungsmaßnahmen	22.355,51			22.355,51
8	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (§ 3 Absatz 1Satz 1Nummer 41GemHVO-Doppik)		-29.376,70		-29.376,70
9	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitio nsförderungsmaßnahmen (ohne planmäßige Tilgung)				-
10	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen (§ 3 Absatz 1Satz 1Nummer 55 GemHVO-Doppik)			0,00	-
11 ³	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	-129.973,95	199.495,98	-14.916,25	54.605,78
Kontrollrechnung:						
12		Liquide Mittel zum 31.12. des Haushaltsjahres (§ 3 Absatz 1Satz 1Nummer 60 GemHVO-Do ppik)				54.605,78
13	-	Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres (§ 3 Absatz 1Satz 1Nummer 58 GemHVO-Doppik)				-
14	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres				54.605,78

¹ Ämter weisen nur den auf ihren Haushalt entfallenden Anteil an den liquiden Mitteln sowie die Forderungen gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2.6.1 GemHVO-Doppik aus.
Amtsangehörige Gemeinden weisen die Forderungen gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2.6.1 GemHVO-Doppik aus.

² Ämter weisen nur den auf ihren Haushalt entfallenden Anteil an den Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit sowie die Verbindlichkeiten gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4.10.1 GemHVO-Doppik aus. Amtsangehörige Gemeinden weisen die Verbindlichkeiten gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4.10.1 GemHVO-Doppik aus.
Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4.3 und 4.7 bis 4.11 GemHVO-Doppik auszuweisen, soweit sie Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit enthalten.
Der auszuweisende Betrag entspricht dem Betrag in Muster 4a zu § 1 Absatz 2 Nummer 5 GemHVO-Doppik, Spalte 1, Zeile 13.

³ Der Betrag für die laufenden Ein- und Auszahlungen (Spalte 1) entspricht dem Vortrag gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Nummer 2 GemHVO-Doppik.

Kontenschema Matrix										
Ergebnisrechnung (Muster 12)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt . aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor jahr 2013
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	161.510	0	0,00	161.510,00	0,00	161.510,00	157.726,16	-3.783,84	171.640,35
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	209.612	0	0,00	209.612,00	0,00	209.612,00	236.210,74	26.598,74	209.424,56
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.300	0	0,00	2.300,00	0,00	2.300,00	1.575,00	-725,00	2.649,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.740	0	0,00	8.740,00	0,00	8.740,00	8.940,49	200,49	8.804,92
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	52.400	0	0,00	52.400,00	0,00	52.400,00	34.451,91	-17.948,09	31.937,87
7	+ Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonstige laufende Erträge	10.000	0	0,00	10.000,00	0,00	10.000,00	15.331,17	5.331,17	14.253,00
10	Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe Nr. 1 bis 9)	444.562	0	0,00	444.562,00	0,00	444.562,00	454.235,47	9.673,47	438.709,70
11	- Personalaufwendungen	34.045	0	0,00	34.045,00	0,00	34.045,00	30.231,33	-3.813,67	31.796,20
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	114.655	0	0,00	114.655,00	0,00	114.655,00	90.257,87	-24.397,13	108.646,28
14	- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	92.284	0	0,00	92.284,00	0,00	92.284,00	97.179,30	4.895,30	87.966,53
15	- Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	229.620	0	0,00	229.620,00	0,00	229.620,00	223.956,57	-5.663,43	237.641,27
17	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	14.785	0	0,00	14.785,00	0,00	14.785,00	10.654,38	-4.130,62	22.707,36
19	Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe Nr. 11 bis 18)	485.389	0	0,00	485.389,00	0,00	485.389,00	452.279,45	-33.109,55	488.757,64
20	Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 19)	-40.827	0	0,00	-40.827,00	0,00	-40.827,00	1.956,02	42.783,02	-50.047,94
21	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	4.800	0	0,00	4.800,00	0,00	4.800,00	5.609,39	809,39	6.789,42
22	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	60.320	0	0,00	60.320,00	0,00	60.320,00	60.446,33	126,33	61.326,11

Kontenschema Matrix										
Ergebnisrechnung (Muster 12)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun- gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt. . aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor- jahr 2013
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
23	Finanzergebnis (Saldo der Nummern 21 und 22)	-55.520	0	0,00	-55.520,00	0,00	-55.520,00	-54.836,94	683,06	-54.536,69
24	Ordentliches Ergebnis (Summe der Nummern 20 und 23)	-96.347	0	0,00	-96.347,00	0,00	-96.347,00	-52.880,92	43.466,08	-104.584,63
25	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Außerordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 25 und 26)	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen(Summe der Nummern 24 und 27)	-96.347	0	0,00	-96.347,00	0,00	-96.347,00	-52.880,92	43.466,08	-104.584,63
29	- Einstellung in die Kapitalrücklage	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	19.510	0	0,00	19.510,00	0,00	19.510,00	7.144,16	-12.365,84	12.653,68
31	Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) v. Veränderung d. zweckgeb. Erg.-Rücklage(Saldo der Nummern 28, 29 und 30)	-76.837	0	0,00	-76.837,00	0,00	-76.837,00	-45.736,76	31.100,24	-91.930,95
32	- Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	+ Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) v. Veränderung d. sons. zweckgeb. Erg.-Rü(Saldo der Nummern 31, 32 und 33)	-76.837	0	0,00	-76.837,00	0,00	-76.837,00	-45.736,76	31.100,24	-91.930,95
35	- Einstellung in sonstige zweckgebundene Ergebnisrücklagen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	+ Entnahme aus sonstigen zweckgebundenen Ergebnisrücklagen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) (Saldo der Nummern 34, 35 und 36)	-76.837	0	0,00	-76.837,00	0,00	-76.837,00	-45.736,76	31.100,24	-91.930,95
38	nachrichtlich Ergebnisvortrag (§ 47 Abs.5 Nr.1.3 GemHVODoppik) a.d.Haushaltsvorjahr	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-77.882,69
39	Ergebnisvortrag (§ 47 Abs.5 Nr.1.3 GemHVODoppik) i.d.Haushaltsfolgejahr(Summe der Nummern 37 und 38)	-76.837	0	0,00	-76.837,00	0,00	-76.837,00	-45.736,76	31.100,24	-169.813,64

Kontenschema Matrix									
Ergebnisrechnung (Muster 12)	Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt . aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor jahr 2013
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Kontenschema Matrix										
Finanzrechnung Gem. (Muster 13)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun- gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt. aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor- jahr 2013
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	160.990	0	0,00	160.990,00	0,00	160.990,00	159.646,59	-1.343,41	152.193,31
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	171.105	0	0,00	171.105,00	0,00	171.105,00	199.600,34	28.495,34	174.237,04
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.300	0	0,00	2.300,00	0,00	2.300,00	1.428,00	-872,00	2.794,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.740	0	0,00	8.740,00	0,00	8.740,00	8.885,42	145,42	6.634,03
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	52.400	0	0,00	52.400,00	0,00	52.400,00	37.799,99	-14.600,01	29.162,16
7	+ Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	12.600	0	0,00	12.600,00	0,00	12.600,00	15.371,17	2.771,17	14.342,00
10	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit(Summe der Nummern 1 bis 9)	408.135	0	0,00	408.135,00	0,00	408.135,00	422.731,51	14.596,51	379.362,54
11	- Personalauszahlungen	34.045	0	0,00	34.045,00	0,00	34.045,00	30.231,33	-3.813,67	31.796,20
12	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	114.935	0	0,00	114.935,00	0,00	114.935,00	91.271,60	-23.663,40	117.114,32
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	229.620	0	0,00	229.620,00	0,00	229.620,00	224.452,29	-5.167,71	237.681,64
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	- Sonstige laufende Auszahlungen	14.340	0	0,00	14.340,00	0,00	14.340,00	10.885,58	-3.454,42	21.522,01
17	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit(Summe der Nummern 11 bis 16)	392.940	0	0,00	392.940,00	0,00	392.940,00	356.840,80	-36.099,20	408.114,17
18	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit(Saldo der Nummern 10 und 17)	15.195	0	0,00	15.195,00	0,00	15.195,00	65.890,71	50.695,71	-28.751,63
19	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	4.800	0	0,00	4.800,00	0,00	4.800,00	5.941,39	1.141,39	5.653,42
20	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	60.320	0	0,00	60.320,00	0,00	60.320,00	54.476,98	-5.843,02	61.326,11

Kontenschema Matrix										
Finanzrechnung Gem. (Muster 13)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun- gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt. . aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor- jahr 2013
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
21	Saldo der Zins- und sonstigen Finanz- und auszahlungen(Saldo der Nummern 19 und 20)	-55.520	0	0,00	-55.520,00	0,00	-55.520,00	-48.535,59	6.984,41	-55.672,69
22	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen(Summe der Nummern 18 und 21)	-40.325	0	0,00	-40.325,00	0,00	-40.325,00	17.355,12	57.680,12	-84.424,32
23	+ Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Auszahlungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen(Saldo der Nummern 23 und 24)	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen(Su- mme der Nummern 22 und 25)	-40.325	0	0,00	-40.325,00	0,00	-40.325,00	17.355,12	57.680,12	-84.424,32
27	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	193.785	0	0,00	193.785,00	0,00	193.785,00	180.795,45	-12.989,55	25.343,76
28	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	+ Einzahlungen aus Sachanlagen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	240,00	240,00	4.640,00
31	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	+ Einzahlungen aus Vorräten	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit(Summe der Nummern 27 bis 33)	193.785	0	0,00	193.785,00	0,00	193.785,00	181.035,45	-12.749,55	29.983,76
35	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Sachanlagen	188.000	0	0,00	188.000,00	0,00	188.000,00	210.412,15	22.412,15	29.907,42
37	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
38	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
39	- Auszahlungen für Vorräte	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Kontenschema Matrix											
Finanzrechnung Gem. (Muster 13)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens. Deckun- gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt. aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor- jahr 2013	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
39 a	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
40	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit(Summe der Nummern 35 bis 39a)	188.000	0	0,00	188.000,00	0,00	188.000,00	210.412,15	22.412,15	29.907,42	
41	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit(Saldo der Nummern 34 und 40)	5.785	0	0,00	5.785,00	0,00	5.785,00	-29.376,70	-35.161,70	76,34	
42	Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbe- trag(Summe der Nummern 26 und 41)	-34.540	0	0,00	-34.540,00	0,00	-34.540,00	-12.021,58	22.518,42	-84.347,98	
43	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
44	- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	25.260	0	0,00	25.260,00	0,00	25.260,00	22.355,51	-2.904,49	24.244,69	
45	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Saldo der Nummern 43 und 44)	-25.260	0	0,00	-25.260,00	0,00	-25.260,00	-22.355,51	2.904,49	-24.244,69	
46	+ Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber d. Stadt aus der Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	720.276,28	720.276,28	523.721,89	
47	- Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber d. Stadt aus der Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	685.899,19	685.899,19	414.979,72	
48	Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit (Saldo der Nr. 46 und 47)	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	34.377,09	34.377,09	108.742,17	
49	+ Abnahme der Forderungen gegenüber der Stadt aus dem Zahlungsmittelbestand	59.800	0	0,00	59.800,00	0,00	59.800,00	0,00	0,00	0,00	
50	- Zunahme der Forderungen gegenüber der Stadt aus dem Zahlungsmittelbestand	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	59.800,00	0,00	

Kontenschema Matrix										
Finanzrechnung Gem. (Muster 13)		Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Veränderung durch Nachtrag 2014	Inanspruch. ein- /gegens.Deckun gfähigkeit 2014	Ermächtig. des Haushaltsjahres 2014	Übertr. Ermächt. . aus HHVorjahren 2014	Gesamt- ermächtigung Haushaltsjahr 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Abweichung im Haushaltsjahr 2014	Ergebnis HH-Vor jahr 2013
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
51	Veränderung der Forderungen gegenüber der Stadt aus dem Zahlungsmittelbestand(Saldo der Nummern 49 und 50)	-59.800	0	0,00	-59.800,00	0,00	-59.800,00	0,00	59.800,00	0,00
52	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit(Summe der Nummern 45, 48 und 51)	34.540	0	0,00	34.540,00	0,00	34.540,00	12.021,58	-22.518,42	84.497,48
53	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern u. ungeklärten Zahlungsvorgängen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-20,00
54	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern u. ungeklärten Zahlungsvorgängen	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	129,50
55	Saldo der Ein- und Auszahlungen durchlaufenden Geldern u. ungekl. Zahl.vorgängen(Saldo der Nummern 53 und 54)	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-149,50
56	Kontrollrechnung (Summe der Nummern 42, 52 und 55)	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus der Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. desHaushaltsvorjahres	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88.983,00	0,00
58	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus der Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. desHaushaltsjahres	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	34.377,09	63.560,09	0,00
59	Forderungen gegenüber der Stadt aus dem Zahlungsmittelbestand zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	88.983	0	0,00	88.983,00	0,00	88.983,00	0,00	0,00	197.725,04
60	Forderungen gegenüber der Stadt aus dem Zahlungsmittelbestand zum 31.12. des Haushaltsjahres (Saldo der Nummern 59 und 51)	29.183	0	0,00	29.183,00	0,00	29.183,00	0,00	0,00	88.982,87

Prüfbericht

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

Gemeinde Bartow

NKHR-BERATUNG[®]_{M.N}

Verwaltungsprüfung • Kommunalberatung • Rechnungswesen

Inhalt

A.	Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung	1
I.	Prüfungsauftrag.....	1
II.	Bestätigung der Unabhängigkeit.....	1
B.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	2
C.	Grundsätzliche Feststellungen	5
D.	Feststellungen zur Rechnungslegung	6
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	6
1.	Belegwesen	6
2.	Finanzsoftware	6
3.	Kostenrechnung und Interne Leistungsverrechnung	6
4.	Jahresabschluss	6
5.	Rechenschaftsbericht	7
II.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Anhangs zum Jahresabschluss.....	7
1.	Übernahme der Vorjahreswerte	7
2.	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	7
3.	Aufgliederung und Erläuterungen.....	7
4.	Wesentliche Bewertungsgrundlagen.....	8
E.	Analyse der Vermögens- und Finanzlage	9
I.	Bilanz.....	9
III.	Finanzrechnung	12
V.	Ergebnisrechnung	14
VI.	Teilrechnungen	16
1.	Teilfinanzrechnungen	16
2.	Teilergebnisrechnungen	16
F.	Fragenkatalog zur Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung.....	17
G.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung.....	27
I.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes.....	27
II.	Schlussbemerkung.....	28

Anlagen	Anlage
Bilanz zum 31. Dezember 2014	1
Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2014	2
Übersicht über die Erträge und Aufwendungen zum 31. Dezember 2014	3
Finanzrechnung zum 31. Dezember 2014	4
Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung zum 31. Dezember 2014	5
Anhang zum 31. Dezember 2014	6
Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2014	7
Anlagenübersicht mit Sonderpostenübersicht zum 31. Dezember 2014	8
Forderungsübersicht zum 31. Dezember 2014	9
Verbindlichkeitenübersicht zum 31. Dezember 2014	10
Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Haushaltsjahr	11
Übersicht über die aus dem Vorjahr fortgeltenden Haushaltsermächtigungen	12
Allgemeine Auftragsbedingungen für die Prüfung kommunaler Gebietskörperschaften	13

Die Tabellen im Prüfbericht werden in T€ ausgewiesen. Hierbei kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.
Die Tabellen dienen nur der Übersicht und entsprechen nicht den amtlichen Mustern.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.F.	Alte Fassung
FAG	Finanzausgleichsgesetz M-V
GemHVO - Doppik*	Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik
GemKVO - Doppik*	Gemeindekassenverordnung - Doppik
GemHVO-GemKVO-DoppVV M-V	Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindekassenverordnung-Doppik
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
KomDoppikEG M-V	Gesetz zur Einführung der Doppik im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (Kommunal-Doppik-Einführungsgesetz - KomDoppikEG M-V)
KPG	Kommunalprüfungsgesetz
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
n.F.	Neue Fassung
NKHR–MV	Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Mecklenburg-Vorpommern
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
Rn.	Randnummer
T€	Tausend Euro
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL)

* Die Ausführungen in diesem Prüfbericht beziehen sich ausschließlich auf die GemHVO-Doppik und die GemKVO-Doppik in der bis zum 05. Juni 2016 geltenden Fassung.

A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung

I. Prüfungsauftrag

1. Der Amtsvorsteher des Amtes Treptower Tollensewinkel erteilte uns nach Beschlussfassung des Amtsausschusses am 14. Juni 2017 den Auftrag, den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 der

Gemeinde Bartow

bestehend aus der Ergebnis-, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz, dem Anhang und den Anlagen zu prüfen.

2. Die Gemeinde Bartow hat gemäß § 60 KV M-V für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich sein. Der Jahresabschluss hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten und die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darzustellen.
3. Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 1 Abs. 1, 2 und 4 KPG M-V dem Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann sich dabei nach § 1 Abs. 5 KPG M-V zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung eines sachverständigen Dritten bedienen.
4. Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für die Prüfung kommunaler Gebietskörperschaften“ maßgebend.
5. Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir folgenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 als Anlage beigefügt ist. Bei der Erstellung des vorliegenden Berichtes haben wir die Vorschriften der §§ 30 ff. und §§ 42 ff. GemHVO - Doppik beachtet.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

6. Wir bestätigen als sachverständiger Dritter, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 2 Abs. 7 KPG M-V vorliegen.

B. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

7. Gegenstand unserer Prüfung war der auf der Grundlage der Buchführung erstellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen trägt der gesetzliche Vertreter des Amtes Treptower Tollensewinkel, der Amtsvorsteher. Unsere Aufgabe war es, den Jahresabschluss dahingehend zu prüfen, ob die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften sowie die sie ergänzenden Bewertungsrichtlinien, Satzungen und Dienstanweisungen des Amtes Treptower Tollensewinkel eingehalten worden sind.
8. Der Jahresabschluss der Gemeinde Bartow ist insbesondere daraufhin zu prüfen, ob
 - er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vermittelt,
 - die gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften beachtet worden sind,
 - der Haushaltsplan eingehalten ist und
 - der Anhang in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.
9. Die Prüfungshandlungen wurden mit Unterbrechungen vom 26. Oktober 2017 bis 04. Dezember 2017 in den Räumen des Amtes Treptower Tollensewinkel durchgeführt.
10. Bei der Prüfung haben wir insbesondere folgende Rechtsgrundlagen beachtet:
 - Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 08. Juni 2004, einschließlich der Änderung vom 13. Juli 2011,
 - Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik (GemHVO - Doppik) vom 25. Februar 2008, einschließlich der ersten Änderung vom 13. Dezember 2011, in der Fassung bis zum 05. Juni 2016,
 - Gemeindekassenverordnung - Doppik (GemKVO - Doppik) vom 25. Februar 2008, in der Fassung bis zum 05. Juni 2016,
 - Verwaltungsvorschriften zur Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik und Gemeindekassenverordnung - Doppik vom 08. Dezember 2008, einschließlich der zweiten Änderung vom 05. März 2013, in der Fassung bis zum 05. Juni 2016,
 - Gesetz zur Einführung der Doppik im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (Kommunal-Doppik-Einführungsgesetz - KomDoppikEG M-V) vom 14. Dezember 2007,
 - Richtlinie zur Bewertung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten für das Amt Treptower Tollensewinkel und der amtsangehörigen Gemeinden für die Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2012,

- Dienstanweisung für das Kassenwesen der geschäftsführenden Gemeinde des Amtes Treptower Tollensewinkel, einschließlich der letzten Änderung vom 01. März 2014.
11. Ausgangspunkt war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013, der vom Rechnungsprüfungsausschuss bestätigt und von der Gemeindevertretung festgestellt wurde.
 12. Im Rahmen unserer Arbeiten haben wir insbesondere die Einhaltung der haushaltsrechtlichen und der kommunalrechtlichen Vorschriften bei der Aufstellung des Jahresabschlusses überprüft.
 13. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften des KPG, der GemHVO-Doppik und die in den Prüfungsstandards des IDR niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung von Jahresabschlüssen beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens- und Finanzlage wesentlich auswirken, erkennen konnten. Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie zum Beispiel Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten noch die Beurteilung der Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei dem gesetzlichen Vertreter des Amtes Treptower Tollensewinkel.
 14. Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde verschafft. Darauf aufbauend haben wir uns ausgehend von der Organisation der Verwaltung mit den Zielen und Strategien beschäftigt, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Durch Gespräche mit der Amtsleitung und durch Einsichtnahme in Organisationsunterlagen der Verwaltung haben wir anschließend untersucht, welche Maßnahmen die Verwaltung ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang haben wir eine Prüfung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Verwaltung durchgeführt. Die Prüfung des internen Kontrollsystems erstreckte sich vor allem darauf, ob die für die Rechnungslegung relevanten Dienstanweisungen die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben dem Grunde nach sicherstellen. Ferner haben wir in Stichproben geprüft, ob die Dienstanweisungen auch eingehalten wurden.

15. Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft und die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erfolgte anhand der Prüfungsleitlinie 720 des Institutes der Rechnungsprüfer. Der Fragenkatalog ist Bestandteil dieses Prüfberichtes.
16. Die Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem haben wir schwerpunktmäßig im Geschäftsprozess der Buchführung durchgeführt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Weiterhin haben wir die Verknüpfungen und Hinterlegungen zwischen der Bilanz-, Ergebnis- und Finanzrechnungen geprüft, so dass eine korrekte Zuordnung im System gemäß den gesetzlichen Zuordnungsvorschriften gewährleistet war.
17. Unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Prüfungsdurchführung haben wir die Aufnahme des internen Kontrollsystems durchgeführt und daraufhin Einzelfallprüfungen auf Basis von Stichproben durchgeführt.
18. Prüfungsschwerpunkte waren:
 - Zu- und Abgänge des Sachanlagevermögens sowie der Sonderposten.
 - Wertberichtigungen von Forderungen.
 - Vollständigkeit der Rückstellungen unter Beachtung der Veränderungen bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses.
 - Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit der Haushaltswirtschaft.
19. Unsere Arbeiten wurden von den Mitarbeitern der Verwaltung vollumfänglich unterstützt.
20. Zur Prüfung der Posten des Jahresabschlusses der Gemeinde haben wir u. a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Im Hinblick auf die Erfassung möglicher Risiken aus bestehenden Rechtsstreitigkeiten haben wir Rechtsanwaltsbestätigungen und zur Prüfung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Saldenbestätigungen eingeholt. Ferner haben wir uns Bankbestätigungen zukommen lassen.
21. Der Amtsvorsteher hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 sämtliche Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie Aus- und Einzahlungen enthalten und alle erforderlichen Angaben gemacht sind. Der Amtsvorsteher hat ferner erklärt, dass der Anhang alle wesentlichen Angaben nach § 48 GemHVO-Doppik enthält.

C. Grundsätzliche Feststellungen

22. Nachfolgend stellen wir zusammenfassend die Beurteilung der Lage der Gemeinde Bartow durch den Bürgermeister (siehe Anlage) dar.
- Der Bürgermeister geht im Rechenschaftsbericht auf die Ertrags- und Vermögenslage der Gemeinde ein und stellt die wesentlichen Kennzahlen der Gemeinde dar.
 - Die Gemeinde Bartow erzielt im Haushaltsjahr 2014 einen Jahresfehlbetrag von T€ -53 vor Veränderung der Rücklagen. Durch eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Schlüsselzuweisungen von T€ 7 wird der Jahresfehlbetrag auf T€ -46 verringert.
 - Unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren ist die Ergebnisrechnung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik nicht ausgeglichen.
 - Unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren reicht der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik nicht aus, um die planmäßige Tilgung von Investitionskrediten zu decken.
 - In das Haushaltsfolgejahr wurden keine Haushaltsermächtigungen übertragen.
23. Die Beurteilung der Lage der Gemeinde Bartow, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes sowie der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde sind plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung durch den Bürgermeister dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung**I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung****1. Belegwesen**

- 24. Die Belegaufbewahrung ist geordnet; das Belegwesen entspricht den Rechtsvorschriften.
- 25. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungssstoffes zu gewährleisten. Die Prozesse waren auf die Anforderungen der Doppik umgestellt, sie sind in einzelnen Dienstanweisungen ausreichend dargestellt.

2. Finanzsoftware

- 26. Die Verwaltung nutzt das Rechnungswesen der Finanzsoftware mpsNF, Version 2.0 der Firma mps public solutions GmbH, Koblenz. Das Zertifikat vom 06.09.2017 (gültig bis 31.03.2020) der TÜV Informationstechnik GmbH, Essen und der Prüfbericht des sachverständigen Dritten hat uns vorgelegen.
- 27. Das Programm wurde durch einen sachverständigen Dritten geprüft und vom Bürgermeister gemäß § 26 Abs. 10 GemHVO-Doppik i. V. m. § 12 Abs. 1 GemKVO-Doppik freigegeben.

3. Kostenrechnung und Interne Leistungsverrechnung

- 28. Eine Kosten- und Leistungsrechnung gemäß § 27 GemHVO-Doppik wird im Amt Treptower Tolensewinkel im Haushaltsjahr 2014 noch nicht umgesetzt.

4. Jahresabschluss

- 29. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 wurden die einschlägigen Rechtsvorschriften und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet.
- 30. Die Bilanz, die Ergebnis- sowie die Finanzrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik beachtet. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechen den Rechtsvorschriften.
- 31. Die Finanzrechnung stimmt mit dem durch Saldenbestätigungen der Kreditinstitute bestehenden Gesamtguthabensaldo überein. Der Bargeldbestand wurde in die Finanzrechnung einbezogen.

32. Die Bestandsfortschreibung und Bewertung des Vermögens, der Sonderposten, der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten erfolgte ordnungsgemäß. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik beachtet. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechenden Rechtsvorschriften.
33. Die Abschreibungssätze des Anlagevermögens entsprechen grundsätzlich der normativen Nutzungsdauer der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums vom 08. Dezember 2008 (landeseinheitliche Abschreibungstabelle zum NKHR-MV).

5. Rechenschaftsbericht

34. Der Rechenschaftsbericht wurde dem Jahresabschluss als Anlage beigelegt. Die inhaltlichen Vorschriften des § 49 GemHVO-Doppik wurden eingehalten. Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Im Rechenschaftsbericht werden die Kennzahlen und der Verlauf der Haushaltswirtschaft sowie die Lage der Gemeinde so dargestellt, dass er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Anhangs zum Jahresabschluss

1. Übernahme der Vorjahreswerte

35. Die Wertansätze der Aktiva und Passiva des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 wurden unverändert übernommen und auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 fortgeschrieben. Die Gemeinde hat von der Bestimmung des § 12 KomDoppikEG M-V Gebrauch gemacht.

2. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

36. Der Jahresabschluss insgesamt vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde Bartow.

3. Aufgliederung und Erläuterungen

37. Die Gliederung der Bilanz sowie der Ergebnis- und Finanzrechnung einschließlich der Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen entsprechen im Wesentlichen den Bestimmungen der KV M-V und den dazugehörigen amtlichen Mustern, die Kontierungen den verbindlichen Zuordnungsvorschriften und

Hinweisen der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums vom 08. Dezember 2008. Abweichungen wurden von uns als unwesentlich eingestuft und mit der Verwaltung besprochen.

4. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

38. Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchhaltung der Verwaltung entwickelt. Die Vermögens- und Schuldposten sind ausreichend nachgewiesen und richtig und grundsätzlich vollständig erfasst. Es wurden die Bilanzansatz- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik sowie die Inventurrichtlinie des Amtes beachtet. Das Vermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und Aufwendungen sowie die Ein- und Auszahlungen sind ausreichend nachgewiesen und richtig und vollständig erfasst.
39. Der Anhang mit seinen Anlagen enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und gibt die sonstigen Pflichtangaben gemäß § 48 Abs. 1 GemHVO-Doppik richtig und vollständig wieder. Bei der Ausübung des Wahlrechtes nach § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik konnte kein Ermessensfehlgebrauch festgestellt werden.
40. In der Ausübung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte ergaben sich gegenüber der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2012 und den nachfolgenden Jahresabschlüssen keine Änderungen.

E. Analyse der Vermögens- und Finanzlage**I. Bilanz**

	31.12.2013		31.12.2014		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0
Sachanlagen	2.255	71,5	2.368	73,5	113
Finanzanlagen	362	11,5	362	11,2	0
Anlagevermögen	2.617	83,0	2.730	84,7	113
Vorräte	0	0,0	0	0,0	0
Öffentlich-rechtliche Forderungen	27	0,9	23	0,7	-4
Privatrechtliche Forderungen	1	0,0	0	0,0	-1
Forderungen gegen Beteiligungen	418	13,2	413	12,8	-5
Forderungen gegen den öffentlichen Bereich	91	2,9	55	1,7	-36
Sonstige Vermögensgegenstände	1	0,0	1	0,0	0
Liquide Mittel	0	0,0	0	0,0	0
Umlaufvermögen	538	17,0	492	15,3	-46
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
Summe Aktiva	3.155	100,0	3.222	100,0	67
Passiva					
Kapitalrücklage	257	8,1	257	8,0	0
Ergebnisrücklage	0	0,0	0	0,0	0
Ergebnisvortrag	-78	-2,5	-170	-5,3	-92
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-92	-2,9	-46	-1,4	46
Eigenkapital	87	2,7	41	1,3	-46
Sonderposten	1.540	48,8	1.669	51,8	129
Wirtschaftliches Eigenkapital	1.627	51,5	1.710	53,1	83
Pensionsrückstellungen	0	0,0	0	0,0	0
Sonstige Rückstellungen	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.519	48,1	1.496	46,4	-23
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	3	0,1	5	0,2	2
Verbindlichkeiten geg. Sonderrechnungen	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten geg. dem öffentlichen Bereich	3	0,1	0	0,0	-3
Sonstige Verbindlichkeiten	1	0,0	7	0,2	6
Fremdkapital	1.526	48,4	1.508	46,8	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,1	4	0,1	2
Summe Passiva	3.155	100,0	3.222	100,0	67

41. In der Darstellung wurden die Zahlen der Bilanz zum 31. Dezember 2014 nach den Vorgaben der GemHVO-Doppik gegliedert und denen der Bilanz zum 31. Dezember 2013 gegenübergestellt.
42. Die Sonderposten wurden dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugerechnet, da sie der Gemeinde auf Dauer zur Verfügung stehen und bei deren ertragswirksamen Auflösung zu keinen Belastungen führen.
43. Aus der Vermögenslage ist ersichtlich, dass die Eigenkapitalquote 1,3 % (Vorjahr 2,7 %) und die Fremdkapitalquote 46,9 % (Vorjahr 48,5 %) beträgt.
44. Der Restbuchwert des Anlagevermögens beträgt T€ 2.730 und macht 84,7 % des gesamten Vermögens aus. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte in Höhe von T€ 1.669 mit Fördermitteln des Bundes, des Landes und des Landkreises. T€ 1.496 sind durch Investitionskredite finanziert.
45. Die Anlagenzugänge des Haushaltsjahres (T€ 210) konnten die Abschreibung (T€ -97) des Anlagevermögens und die Anlagenabgänge decken, wodurch sich ein Anstieg der Restbuchwerte (T€ 113) ergab.
46. Die Aktivierung der Zugänge im Haushaltsjahr erfolgte gemäß § 33 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 4 GemHVO-Doppik.
47. Der Rückgang der Forderungen ist im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich aus Transferleistungen, der GEWO Burow GmbH sowie Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand zurückzuführen.
48. Die Forderungen gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht betreffen Forderungen gegenüber der GEWO Burow GmbH aus einer Ausfallbürgschaft.
49. Der Kassenbestand zum 31. Dezember 2014 wurde durch Kontoauszüge der Banken nachgewiesen und wird in der Bilanz der Stadt Altentreptow ausgewiesen. Der Anteil Gemeinde Bartow am gemeinsamen Zahlungsmittelbestand beträgt T€ 55 und ist im Haushaltsjahr um T€ -34 zurückgegangen.
50. Die Rechnungsabgrenzungsposten nach § 36 Abs. 1 GemHVO-Doppik waren nicht zu bilden.
51. Das Eigenkapital verringert sich im Haushaltsjahr um T€ -46. Dies Resultiert aus dem Jahresfehlbetrag von T€ -46.
52. Die Sonderposten sind im Haushaltsjahr durch die planmäßige ertragswirksame Auflösung um T€ -42 gesunken. Neue Sonderposten aus Zuwendungen waren im Haushaltsjahr mit T€ 171 zu passivieren.

- 53. Rückstellungen gemäß § 35 GemHVO-Doppik waren zum Bilanzstichtag nicht auszuweisen.
- 54. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich durch die planmäßigen Tilgungen von T€ 22. Die Verbindlichkeiten wurden durch Saldenbestätigungen der Banken nachgewiesen.
- 55. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (ausgenommen Sicherheitseinbehalte) waren zum Prüfungszeitpunkt beglichen.
- 56. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verwahr- und Treuhänderische Gelder aus Überzahlungen.
- 57. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 36 Abs. 2 GemHVO-Doppik gebildet.

III. Finanzrechnung

58. Die Verwaltung hat entsprechend § 60 K V M-V die Finanzrechnung aus dem System erstellt. Nachfolgend geben wir diese Rechnung wieder, wobei wir die Einzelpositionen der Ein- und Auszahlungen gemäß Konten der Finanzrechnung zusammengefasst haben.

	Ansatz	Ergebnis	Plan/Ist
	T€	T€	T€
10. Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	408	423	15
17. Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	393	357	-36
18. Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit	15	66	51
21. Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	-55	-49	6
22. Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-40	17	57
25. Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0	0	0
26. Saldo der ordentlichen und außer- Ein- und Auszahlungen	-40	17	57
34. Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	194	181	-13
40. Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	188	210	22
41. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6	-29	-35
42. Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	-34	-12	22
45. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen	-25	-22	3
48. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	0	0	0
51. Veränderung der liquiden Mittel	-59	-34	25
52. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	35	-12	-47
55. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen	0	0	0
56. Kontrollrechnung	0	0	0
59. Stand der liquiden Mittel zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	89	89	0
60. Stand der liquiden Mittel zum 31.12.	30	55	25

59. Der Bestand an Zahlungsmitteln zum 31. Dezember 2014 entspricht dem Kassenbestand der Gemeinde, der mit den Saldenbestätigungen und Kassenprotokollen übereinstimmt.
60. Die Finanzrechnung wird aus dem System erstellt und ist mit den jeweiligen zahlungswirksamen Bilanz- und Ergebniskonten verknüpft. Für die Finanzrechnung sind entsprechend dem Kontierungsplan die Kontenklasse 6 und 7 belegt, anhand derer die Zahlungsströme nachgewiesen werden. Die Systematik der Kontenklassen 4 bis 7 ist durch eine Gegenüberstellung der Ertrags- und der Einzahlungskonten sowie der Aufwands- und Auszahlungskonten gegeben. Grundsätzlich ist eine parallele Einteilung der Kontengruppen innerhalb dieser Kontenklassen gegeben.
61. In den Haushaltsfolgejahren ist verstärkt auf die Regelungen der GemKVO-Doppik zum Jahresabschluss zu achten.
62. Im Hinblick auf die Plan-Ist-Abweichungen verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.
63. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Zeile 26) ist im Haushaltsjahr 2014 positiv. Unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren wurde der Haushaltsausgleich gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik nicht erreicht.
64. Haushaltsermächtigungen für die Folgejahre wurden nicht übernommen.

V. Ergebnisrechnung

65. In folgender Übersicht haben wir die Ergebnisrechnung nach den Vorschriften der GemHVO-Doppik zusammengefasst:

	Planansatz 2014		Ergebnis 2014		+ / -
	T€	%	T€	%	T€
Steuern und ähnliche Abgaben	162	36,4	158	34,8	-4
Zuwendungen, allgemeine Umlagen	210	47,3	236	52,0	+26
Erträge der sozialen Sicherung	0	0,0	0	0,0	+0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2	0,4	2	0,4	+0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9	2,0	9	2,0	+0
Kostenerstattung und Kostenumlage	52	11,7	34	7,5	-18
Sonstige laufende Erträge	10	2,2	15	3,3	+5
Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit	445	100,0	454	100,0	+9
Personalaufwendungen	34	7,0	30	6,6	-4
Versorgungsaufwendungen	0	0,0	0	0,0	+0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	115	23,7	90	19,9	-25
Abschreibungen	92	18,9	97	21,5	+5
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwendungen	230	47,3	224	49,6	-6
Aufwendungen für soziale Sicherung	0	0,0	0	0,0	+0
Sonstige laufende Aufwendungen	15	3,1	11	2,4	-4
Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	486	100,0	452	100,0	-34
Laufendes Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-41		+2		+43
Zinserträge	5		6		+1
Zinsaufwendungen	60		61		+1
Finanzergebnis	-55		-55		+0
Ordentliches Ergebnis	-96		-53		+43
Außerordentliches Ergebnis	+0		+0		+0
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklage	-96		-53		+43
Entnahme aus der Kapitalrücklage	20		7		-13
Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0		0		+0
Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0		0		+0
Jahresergebnis	-76		-46		+30
Ergebnisvortrag zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	-170		-170		0
Ergebnisvortrag zum 31.12. des Haushaltsjahres	-246		-216		30

66. Im Hinblick auf die Plan-Ist-Abweichungen verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.
67. Mehraufwendungen in Teilhaushalten waren gemäß § 14 GemHVO-Doppik deckungsfähig.
68. Der Jahresfehlbetrag vor Veränderungen der Rücklagen beträgt T€ -53.
69. Im Haushaltsjahr 2014 erfolgte eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage für investiv gebundene Schlüsselzuweisungen gemäß § 18 Abs. 2 GemHVO-Doppik.
70. Eine zweckgebundene Ergebnissrücklage für zukünftige Belastungen aus dem FAG gemäß § 37 Abs. 6 GemHVO-Doppik wurde nicht bilden.
71. Weitere Entnahmen oder Einstellungen in die Rücklagen gemäß § 18 GemHVO-Doppik erfolgten im Haushaltsjahr nicht.
72. Der Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik wurde im Haushaltsjahr 2014 nicht erreicht.

VI. Teilrechnungen

1. Teilfinanzrechnungen

- 74. Die Finanzrechnung ist in fünf Teilfinanzrechnungen aufgegliedert. Die Summe der fünf Teilrechnungen ergibt die Finanzrechnungen. Alle Ein- und Auszahlungen wurden im Haushaltsjahr einem Produkt zugeordnet.
- 75. Der Ausweis der Teilfinanzrechnungen erfolgt im Wesentlichen nach den Vorgaben des § 46 GemHVO-Doppik und des amtlichen Musters. Es wurden noch keine Ziele und Kennzahlen formuliert.

2. Teilergebnisrechnungen

- 76. Die Ergebnisrechnung ist in fünf Teilergebnisrechnungen aufgegliedert. Die Summe der fünf Teilrechnungen ergibt die Ergebnisrechnungen. Alle Erträge und Aufwendungen wurden im Haushaltsjahr einem Produkt zugeordnet.
- 77. Der Ausweis der Teilergebnisrechnungen erfolgt im Wesentlichen nach den Vorgaben des § 46 GemHVO-Doppik und des amtlichen Musters. Es wurden noch keine Ziele und Kennzahlen formuliert.

F. Fragenkatalog zur Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung

78. Die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandeln haben wir anhand der Prüfungsleitlinie 720 des Instituts der Rechnungsprüfer untersucht und in unsere Berichterstattung mit einbezogen.

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Verwaltungsleitung

79. Gibt es Geschäftsordnungen für die Verwaltung und einen Geschäftsverteilungsplan für die Verwaltungsleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Verwaltungsleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen der Gebietskörperschaft?

Für die Verwaltung besteht ein Geschäftsverteilungsplan, für die einzelnen Teilbereiche bestehen Dienstanweisungen. Die getroffenen Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Amtes Treptower Tollensewinkel.

80. Wie viele Sitzungen der Gemeindevertretung und der weiteren Ausschüsse (Haupt- und Finanzausschuss) haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Gemeindevertretung: 4

Hauptausschuss: 1

Es wurden zu allen Sitzungen Niederschriften erstellt.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

81. Gibt es einen den Bedürfnissen der Kommune entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Einen den Bedürfnissen des Amtes Treptower Tollensewinkel entsprechenden Organisationsplan ist vorhanden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung.

82. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

83. Orientiert sich der Verwaltungsaufbau an den Produktbereichen der Verwaltung?

Der Verwaltungsaufbau orientiert sich an den Fachdienstbereichen und Teilhaushalten.

84. Sind die Produktbereiche dezentral für ihren Ressourcenverbrauch verantwortlich?

Die Produktbereiche sind dezentral für ihren Ressourcenverbrauch verantwortlich.

85. Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die wesentlichen Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Kreditaufnahme) werden nach der Hauptsatzung, Haushaltssatzung und den Dienstanweisungen sowie den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese bei Kreditaufnahmen und Vergaben nicht eingehalten wurden.

86. Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge der Gemeinde werden ordnungsgemäß dokumentiert.

Fragenkreis 3: Strategische Steuerung

87. Orientiert sich das Handeln der Gebietskörperschaft an einer langfristigen strategischen Ausrichtung?

Das Handeln der Gemeinde orientiert sich an einer langfristigen strategischen Ausrichtung.

88. Ist diese strategische Ausrichtung in Form eines Leitbildes oder in anderer Form dokumentiert?

Die strategische Ausrichtung der Gemeinde wird durch die Gemeindevertretung bestimmt und in Form von Satzungen umgesetzt.

Fragenkreis 4: Ziele und Kennzahlen

89. Sind Ziele und Kennzahlen für eine Output orientierte Steuerung definiert worden?

Für das Haushaltsjahr 2014 lagen noch keine Ziele und Kennzahlen vor. An der Umsetzung der Vorgaben wird gearbeitet.

Fragenkreis 5: Controlling

90. Existiert ein Controlling in der Verwaltung und wie ist es organisiert?

Ein Controlling existiert in der Verwaltung nicht. Die Steuerungsfunktionen werden durch regelmäßige Dienstberatungen erreicht. Anhaltspunkte dafür, dass ein weiterführendes Controlling einzuführen ist ergaben sich nicht.

Fragenkreis 6: Kosten und Leistungsrechnung

91. In welchen Teilen der Verwaltung existiert eine Kosten- und Leistungsrechnung?

An der Einführung der Kosten und Leistungsrechnung nach doppischen Grundsätzen wird derzeit noch gearbeitet.

Fragenkreis 7: Risikofrüherkennungssystem

92. Hat die Verwaltungsleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe wesentliche Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Frühwarnsignale hat die Verwaltungsleitung nicht definiert. Wesentliche Risiken sollen durch regelmäßige Dienstberatungen rechtzeitig erkannt werden. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass weiterführende Maßnahmen notwendig sind.

Fragenkreis 8: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

93. Hat die Verwaltungsleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Eine schriftliche Festlegung über den Einsatz von Finanzinstrumenten existiert im Amt Treptower Tollensewinkel nicht. Der Einsatz von Finanzinstrumente erfolgte im Haushaltsjahr nicht.

Fragenkreis 9: Haushaltsgrundsätze

94. Wurde der Grundsatz der Vollständigkeit beachtet oder gibt es relevante Sachverhalte, die nicht im Haushalt abgebildet sind?

Der Grundsatz der Vollständigkeit wurde beachtet. Es gibt keine relevanten Sachverhalte, die nicht im Haushalt abgebildet sind.

95. Wurde der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachtet bzw. gab es wesentliche Sachverhalte bei denen sich die Verwaltung unwirtschaftlich verhalten hat?

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wurde beachtet und die Planansätze wurden im Wesentlichen eingehalten. Es gibt keine Anhaltspunkte für wesentliche Sachverhalte bei denen sich die Verwaltung unwirtschaftlich verhalten hat.

96. Wurde der Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit beachtet und wurden insbesondere alle geplanten Erträge und Aufwendungen sorgfältig geschätzt, sofern sie nicht errechenbar sind?

Der Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit wurde beachtet. Erträge und Aufwendungen (insbesondere für einmalig auftretende Ereignisse) wurden sorgfältig und nach bestem Wissen geschätzt.

97. Wurde die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung beachtet, wonach die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Finanzmittel vorrangig aus speziellen Entgelten und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen sind, sofern die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen?

Die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung wurden durch die Verwaltung beachtet.

Fragenkreis 10: Planungswesen

98. Existiert eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung und entspricht diese den geltenden gesetzlichen Vorschriften?

Es existiert eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung. Sie entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

99. Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Wesentliche Planabweichungen werden untersucht und begründet.

Fragenkreis 11: Haushaltssatzung

100. Enthält die Haushaltssatzung alle erforderlichen Angaben und entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben?

Die Haushaltssatzung enthält alle erforderlichen Angaben und entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

101. Ist die Haushaltssatzung fristgerecht beschlossen und veröffentlicht worden?

Die Haushaltssatzung wurde von der Gemeindevertretung am 30. April 2014 beschlossen, bei der unteren Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt und im Anschluss öffentlich bekannt gemacht.

102. Wurden ggf. die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung beachtet, d. h. sind nur Aufwendungen entstanden bzw. Auszahlungen geleistet worden, zu denen eine rechtliche Verpflichtung bestand oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren?

Die gesetzlichen Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung und die Dienstanweisung zur vorläufigen Haushaltsführung wurden beachtet.

103. War eine Nachtragssatzung erforderlich und ist diese fristgerecht erlassen worden?

Eine Nachtragssatzung war nicht erforderlich. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Deckungsfähigkeit und den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wurden eingehalten.

Fragenkreis 12: Haushaltsplan

104. Enthält der Haushaltsplan alle erforderlichen Angaben und entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben?

Der Haushaltsplan enthält alle erforderlichen Angaben. Einige der amtlichen Muster werden noch nicht in vollem Umfang umgesetzt aber im Wesentlichen entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben.

105. Wurde der Haushaltsplan eingehalten bzw. an welchen Stellen gab es wesentliche Abweichungen und welche Gründe waren hierfür ausschlaggebend?

Der Haushaltsplan wurde im Wesentlichen eingehalten. Abweichungen ergaben sich im Bereich der Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Fragenkreis 13: Haushaltssicherungskonzept

106. War die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich um die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaft zu erreichen?

Das Haushaltssicherungskonzept aus dem Haushaltsjahr 2011 wurde für das Haushaltsjahr 2014 nicht fortgeschrieben.

Fragenkreis 14: Investitionen

107. Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden vor der Realisierung angemessen geplant. Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 9 GemHVO-Doppik ergaben sich nicht.

108. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um sich ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

109. Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Investitionen werden durch das zuständige Fachamt laufend überwacht.

110. Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei abgeschlossenen Investitionen haben sich keine wesentlichen Überschreitungen ergeben.

111. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden

Fragenkreis 15: Kredite

112. Gab es eine Nettoneuverschuldung oder konnten per Saldo Schulden abgebaut werden?

Im laufenden Haushaltsjahr wurde per Saldo die Verschuldung abgebaut.

113. Wurden Kredite nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen?

Kredite wurden in der Vergangenheit nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen.

Fragenkreis 16: Liquidität

114. Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle gewährleistet?

Das Finanzmanagement wird durch das Fachamt wahrgenommen. Eine laufende Liquiditätskontrolle ist gewährleistet.

115. Musste die Verwaltung Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen und wie hat sich der Bestand dieser Kredite entwickelt?

Es wurden keine Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aufgenommen.

Fragenkreis 17: Forderungsmanagement

116. Gibt es eine Dienstanweisung zur Stundung, zur Niederschlagung und zum Erlass von Forderungen und entspricht diese den Bedürfnissen der Verwaltung?

Es gibt eine Dienstanweisung zur Stundung, zur Niederschlagung und zum Erlass von Forderungen, diese entspricht den Bedürfnissen der Verwaltung.

117. Ist durch das bestehende Mahn- und Vollstreckungswesen sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Durch das bestehende Mahn- und Vollstreckungswesen ist gewährleistet, dass Rechnungen zeitnah gestellt werden und Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden.

Fragenkreis 18: Vergaberegelungen

118. Gibt es eine Dienstanweisung zum Vergabewesen und entspricht diese den gesetzlichen Vorgaben?

Vergaben erfolgen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und der Dienstanweisung zur Regelung des Beschaffungs- und Vergabewesens.

119. Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegeln unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Bei Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt werden Konkurrenzangebote eingeholt.

120. Gab es im Rahmen der Prüfung Anhaltspunkte, dass gegen bestehende Vergaberegeln verstoßen wurde?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass gegen bestehende Vergaberegeln verstoßen wurde.

Fragenkreis 19: Gebühren- und Beitragssatzungen

121. Wurden die Gebührenbedarfsberechnungen von der örtlichen Prüfung auf Plausibilität und Rechtmäßigkeit überprüft?

Die Prüfung des Gebührenbedarfes und der Gebührensatzungen war nicht Gegenstand unserer Prüfung.

122. Ist sichergestellt, dass alle Beiträge zeitnah und vollständig erhoben werden?

Es ist sichergestellt, dass alle Beiträge zeitnah und vollständig erhoben werden.

Fragenkreis 20: Korruptionsprävention

123. Hat die Verwaltungsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die Mitarbeiter der Verwaltung wurden über den Erlass des Innenministeriums „Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken in der öffentlichen Verwaltung“ vom 06. Mai 1999 belehrt.

124. Gibt es interne Regelungen zur Korruptionsprävention, z. B. Annahme von Geschenken?

Die Mitarbeiter der Verwaltung wurden über den Erlass des Innenministeriums „Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken in der öffentlichen Verwaltung“ vom 06. Mai 1999 belehrt.

125. Gab es im abgelaufenen Jahr Fälle von Korruption, die zur Anzeige gebracht wurden?

Es gab im Haushaltsjahr 2014 keine Fälle von Korruption.

Fragenkreis 21: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

126. Hat die Verwaltungsleitung die Gemeindevertreter unterjährig über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft informiert?

In den Berichten des Bürgermeisters zu den Sitzungen der Gemeindevertretung wurde regelmäßig über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft informiert.

127. Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gebietskörperschaft und in die wichtigsten Verwaltungsbereiche?

Die Berichte spiegeln die wirtschaftliche Lage wider.

128. Wurde die Gemeindevertretung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Über wesentliche Vorgänge wird die Gemeindevertretung angemessen und zeitnah informiert.

Fragenkreis 22: Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage

129. Gibt es Auffälligkeiten bei den Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der Gebietskörperschaft?

Es gibt keine Auffälligkeiten bei den Kennzahlen zur Vermögens- und Ertragslage.

Fragenkreis 23: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

130. Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen in der Gemeinde.

131. Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände der Gemeinde sind nicht auffallend hoch oder niedrig.

132. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

Fragenkreis 24: Finanzierung

133. Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Finanzierung des Vermögens erfolgte zu 1,3 % mit Eigenmitteln der Gemeinde, zu 51,8 % mit Fördermitteln des Bundes, des Landes und des Landkreises. 46,9 % des Vermögens sind durch kurz- und langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten finanziert. Die wesentlichen Investitionsverpflichtungen zum Abschlussstichtag werden durch investive Zuwendungen des Landes und Eigenmitteln der Gemeinde finanziert.

134. Wie ist die Finanzlage der Gebietskörperschaft zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der bestehenden Kredite für Investitionen und zur Liquiditätssicherung?

Die Finanzlage der Gemeinde ist zum Bilanzstichtag als leicht angespannt zu beurteilen. Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit werden nicht Anspruch genommen. Kredite für Investitionen waren zum Bilanzstichtag mit T€ 1.496 zu bilanzieren.

135. In welchem Umfang hat die Gebietskörperschaft Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gemeinde hat im Haushaltsjahr 2014 Investitionszuwendungen i. H. v. T€ 181 erhalten. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 25: Eigenkapitalausstattung

136. Besteht kurz- bis mittelfristig die Gefahr einer bilanziellen Überschuldung?

Die Gefahr einer kurz- oder mittelfristigen bilanziellen Überschuldung ist bei einer negativen Entwicklung des Jahresergebnisses in den Haushaltsfolgejahren gegeben.

Fragenkreis 26: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

137. Haben die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen decken können?

Die ordentlichen Erträge konnten im Haushaltsjahr die ordentlichen Aufwendungen decken.

138. Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das aktuelle Haushaltsjahr ist nicht entscheiden von einmaligen Vorgängen geprägt.

139. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen der Gebietskörperschaft und deren Eigengesellschaften bzw. Eigenbetrieben eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen der Gebietskörperschaft und deren Eigengesellschaften bzw. Eigenbetrieben eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden

Fragenkreis 27: Strukturelles Defizit und seine Ursachen

140. Existiert ein strukturelles Defizit und was sind seine Ursachen?

Im Haushaltsjahr 2014 besteht kein strukturelles.

Fragenkreis 28: Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

141. Sind langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage erforderlich?

Auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2014 und des Jahresergebnisses vor Veränderung der Rücklagen ist der Haushaltsausgleiches in den Folgejahren gefährdet.

142. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage der Gebietskörperschaft zu verbessern?

Die Gemeindevertretung hat im Haushaltsjahr 2011 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, um die Ertragslage der Gemeinde zu verbessern.

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung**I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes**

143. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 05. Dezember 2017 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„uneingeschränkter Bestätigungsvermerk“

144. Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung des Anhangs und der Anlagen zum Jahresabschluss 31. Dezember 2014 der

Gemeinde Bartow

geprüft. Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach §§ 42 ff. GemHVO - Doppik wurden von der Verwaltung unter Gesamtverantwortung des Bürgermeisters erstellt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss abzugeben.

145. Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 nach den Vorgaben des Kommunalprüfungsgesetzes vorgenommen. Die Prüfung haben wir so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses und der Anlagen zum Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und des vermittelten Bildes der Vermögens- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt wurden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Pflicht- und freiwilligen Aufgaben und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.
146. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Anlagen zum Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und der Anlagen.
147. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
148. Unsere Prüfung hat zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt.

149. Nach unserer Beurteilung, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss, der Anhang, die erläuternden Anlagen zum Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde.
150. Im Ergebnis unserer Prüfung stellen wir zu den wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde Bartow ergänzend fest:

Das Vermögen zum 31. Dezember 2014 beträgt 3.222.325,00 €.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2014 beträgt 1,3 %.

Der Anteil der Sonderposten zum 31. Dezember 2014 beträgt 51,8 %

Die Fremdkapitalquote zum 31. Dezember 2014 beträgt 46,9 %.

II. Schlussbemerkung

Nach unserer Prüfung bestehen keine Bedenken gegen den Beschluss, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der vorliegenden Fassung festzustellen und den Bürgermeister zu entlasten.

Rostock, 05. Dezember 2017

NKHR-BERATUNG
Verwaltungsprüfungsgesellschaft



Necke
Wirtschaftsjurist LL.B.

Rechenschaftsbericht 2014

Inhalt

1. Rechtsgrundlagen.....	1
2. Allgemeine Angaben zur Gemeinde.....	1
3. Vermögenslage der Gemeinde.....	2
4. Finanzlage der Gemeinde.....	2
5. Ertragslage der Gemeinde.....	3
6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres.....	3
7. Teilhaushalte	3
8. Prognosebericht	3
9. Risikobericht.....	3

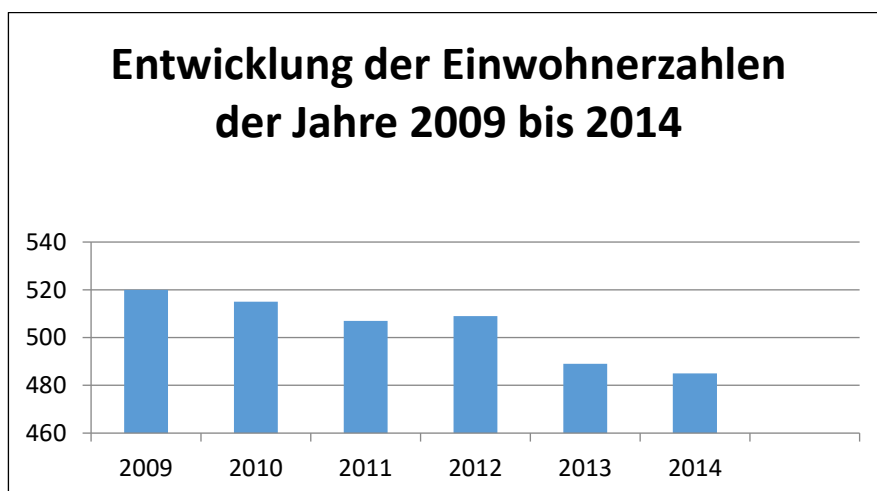
1. Rechtsgrundlagen

Der Rechenschaftsbericht zum 31.12.2014 der Gemeinde Bartow wurde auf der Grundlage des § 60 KV M-V sowie unter Beachtung der Vorschriften des § 49 GemHVO-Doppik M-V n. F. erstellt.

2. Allgemeine Angaben zur Gemeinde

Die Gemeinde Bartow ist eine amtsangehörige Gemeinde des Amtes Treptower Tollensewinkel im Nordosten des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte mit einer Fläche von 25,05 km² und 485 Einwohnern. Zur Gemeinde Bartow gehören die Ortsteile Groß Below und Pritzenow.

Bevölkerungsstand lt. Statistischem Amt	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einwohner	520	515	507	509	489	485



3. Vermögenslage der Gemeinde

Die Veränderungen der einzelnen Bilanzpositionen sind im Anhang näher erläutert.

Aktivseite	31.12.2013 in €	31.12.2014 in €	Veränderung in €
Anlagevermögen	2.616.774,63	2.730.007,48	113.232,85
Umlaufvermögen	538.214,50	492.317,52	-45.896,98
Bilanzsumme Aktiva	3.154.989,13	3.222.325,00	67.335,87

Zum vorhergehenden Haushaltsjahr hat sich das Vermögen im Wesentlichen aufgrund des Zuganges des landwirtschaftlichen Weges Bartow-Pfalz erhöht. Es sind 84,7% des Vermögens im Anlagevermögen gebunden. Die Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand verringerten sich um 34.377,09 €.

Kennzahl	Berechnung	Vorjahr	2014
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$	120,2 %	117,5 %
Das langfristige Vermögen ist zu 117,5 % mit langfristigem Kapital finanziert.			

Passivseite	31.12.2013 in €	31.12.2014 in €	Veränderung in €
Eigenkapital	87.464,82	41.729,06	-45.735,76
Sonderposten	1.539.506,80	1.668.833,46	129.326,66
Verbindlichkeiten	1.526.054,51	1.508.222,40	-17.832,11
Rechnungsabgrenzungsposten	1.963,00	3.540,08	1.577,08
Bilanzsumme Passiva	3.154.989,13	3.222.325,00	67.335,87

Die Bilanz zum Schluss des Haushaltsjahres weist ein positives Eigenkapital in Höhe von 41.729,06 € aus. Das Eigenkapital hat sich im Haushaltsjahr aufgrund des Jahresfehlbetrages um 52,3 % vermindert. Zum vorhergehenden Haushaltsjahr haben sich die Sonderposten aufgrund Zuwendungen für den Straßenbau Bartow-Pfalz erhöht.

Kennzahl	Berechnung	Vorjahr	2014
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	2,77 %	1,29 %
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Eigenkapitalquote um 1,48 % gesunken. Dementsprechend steigt der Verschuldungsgrad.			

4. Finanzlage der Gemeinde

Der positive Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 26 GemHVO-Doppik reicht nicht aus um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten sowie der ähnlichen Verbindlichkeiten gem. § 3 Abs. 1 Nr. 44 GemHVO-Doppik M-V zu finanzieren. Im Vergleich zum Haushaltsvorjahr hat sich der Saldo um 103.668,62 € verbessert. Weitere Angaben zur Finanzrechnung stehen im Anhang.

Kennzahl	Berechnung	Vorjahr	2014
Liquiditätsgrad II	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfr. Forderungen} \times 100}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	2.838,9 %	1.124,3 %
Die Liquidität der Gemeinde ist ausreichend, um kurzfristige Verbindlichkeiten ohne Aufnahme eines Kassenkredites ausgleichen zu können.			

5. Ertragslage der Gemeinde

In der Ergebnisrechnung wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 45.736,76 € ausgewiesen, der um 31.100,24 € unter dem im Ergebnishaushalt geplanten Jahresfehlbetrag liegt. Der Jahresfehlbetrag vor Veränderung der Rücklagen konnte durch einen Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Schlüsselzuweisungen um 7.144,16 € verringert werden. Den Abschreibungen in Höhe von 97.179,30 € stehen 42.025,08 € Erträge aus der Auflösung von Sonderposten entgegen. Weitere Angaben zur Ergebnisrechnung stehen im Anhang.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach Ablauf des Haushaltsjahres 2014 sind über die oben dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für die Gemeinde für das Haushaltsjahr von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Lage führen könnten.

7. Teilhaushalte

Die Gemeinde Bartow hat die Darstellung der Produkte in 5 Teilhaushalten gegliedert. Eine Kosten- und Leistungsrechnung nach § 27 GemHVO-Doppik M-V und Produktkennzahlen gibt es nicht. Ziele werden für wesentliche Produkte dargestellt. Es werden keine internen Leistungsbeziehungen zwischen den Teilhaushalten abgebildet.

8. Prognosebericht

Aufgrund der angespannten Haushaltslage rechnet die Gemeinde mit gleichbleibenden Zuweisungen. Bei den Steuererträgen sind keine außergewöhnlichen Veränderungen absehbar. Die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern und Gewerbesteuer ist in der Gemeindevertretung als Einnahmeerhöhung zu prüfen. Planmäßig wird keine Aufnahme eines Kassenkredites zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit erwartet. Es sind keine größeren Investitionen im Folgejahr geplant.

9. Risikobericht

Unter Berücksichtigung der Vorträge aus Haushaltsvorjahren wurde der Haushaltsausgleich in der Ergebnis- und Finanzrechnung nicht erreicht. Aufgrund des beschlossenen Haushaltsplanes geht die Gemeinde davon aus, dass der Haushaltsausgleich auch in den folgenden Haushaltsjahren nicht erreicht werden kann. Dies führt laut Finanzplanungszeitraum zum Abbau des Eigenkapitals bis möglicherweise zur Überschuldung der Gemeinde. Ein Haushaltssicherungskonzept für 2011 und Folgejahre wurde durch die Gemeindevertretung Bartow am 04.04.2011 beschlossen.